P R O T O K O L L

über die 32. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 16. März 1989, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrather
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl
Ing. Karl Pragerstorfer
Erna Probst
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Treml
Anton Vorhauer
Christine Wieser

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
MR. Dr. Kurt Schmidl
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Präs-640/87	Umweltschutzreferat - Leasen eines Dienstfahrzeuges.
Ha-18/89	Hilfskomitee für Nicaragua; Unterstützungsansuchen.
GHJ2-268/89	Heimathaus Steyr; Erneuerung der Dacheindeckung ("Sensenhammergebäude").
Bau6-7666/84	Kanalisation Christkindlsiedlung; Projektierung; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 18. 9. 1986.
Bau6-6886/85	Kanalisation Reichenschwall - Pyrach; Projektierung - Mittelfreigabe; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 6. 2. 1986.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

1) Präs-56/89	Schriftliche Berichte des Kontrollamtes der Stadt Steyr über die quartalsmäßige Prüfungstätigkeit - Zurverfügungstellung; Antrag der GAL-, KPÖ- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion.
2) Agrar-7225/88 Erlaß	Neubestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr.
3) Ha-436/89	Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahr 1989.
4) K-7095/80	Museum der Industriellen Arbeitswelt Steyr; Subvontion 1989.
5) Ges-15/88	Straßenbenennung "August Moser-Straße".

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

6) Buch-7100/88	Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1988 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.
7) Präs-31/83 ÖAG-4002/86	Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Zuerkennung der Grundleistung.
8) ÖAG-6136/86	Wasserverband "Region Steyr"; Bauabschnitt 04; Landesförderung - Anteil der Stadt Steyr.

9) Ha-2388/76 — Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 06 - Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich; Darlehensanteil der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

10) Ha-1282/89 — Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1989.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

11) Bau4-1253/85 — Neubau des Gsangsteges über die Steyr; Mittelfreigabe.

12) ÖAG-705/89
Städt. Wi-Hof — Ankauf eines Lkws mit 3-Seiten-Kipper und Funkgerät.

13) SH-266/89 — Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1989.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

14) Bau3-3405/88
Bau6-3404/88 — Aufschließung der Schladergründe in Gleink.

15) Bau6-552/88 — Kanalisation Fischhub - Plenklberg; 2. Bauabschnitt - Mittelfreigabe; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 4. 1988.

16) Bau6-6481/87 — Kanalisation Schlüsselhofsiedlung, restliche Kanäle in Steyr-Ort; 2. Bauabschnitt - Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

17) ÖAG-7062/88 — Verkauf des Grundstückes 1576/1, KG. Föhrenschacherl an die Fa. Josef Müller, Gebäudereinigung und Service (nunmehr Fa. Gottfried Huemer).

18) ÖAG-5567/88 — Verkauf des Grundstückes 1700/1, KG. Steyr an die Fa. Haas GesmbH, Steyr.

19) ÖAG- 5308/88 — Verkauf der Liegenschaft Steyr, Schiffmeistergasse 8, an Herrn Alfred Ametz, Steyr.

20) Bau5-6990/87 — Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes 939/7, KG Steyr, an Herrn Dr. Josef Lechner.

21) Bau2-1208/84 — Übernahme des Grundstückes 831/10, KG Sarning, in das öffentliche Gut.

22) Bau2-2772/82 — Veränderungen im Bestand des öffentlichen Gutes der KG Sarning (Siedlungsgebiet Pyrach).

23) ÖAG-4119/83
Bau5-7060/87 — Feuerwehrdepot Schiffmeistergasse; Adaptierung des Dachgeschoßes; Gewährung einer Subvention.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Werte Damen und Herren, ich darf Sie zur heutigen Sitzung des Gemeinderates recht herzlich begrüßen. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß einberufen und die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Ich bitte Frau Gemeinderat Probst und Herrn Gemeinderat Spöck um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Entschuldigt sind Kollege Vizebürgermeister Wippersberger, der sich noch auf Urlaub befindet und die Gemeinderäte Eichhübl, Wallner, Wolfgang Wieser, Zagler und Ing. Mayrhofer.
Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, daß mir solche nicht vorliegen.
Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einige aktuelle Themen vortragen. So wie immer darf ich Ihnen die Arbeitsmarktlage in Steyr bzw. im Arbeitsamtsbezirk Steyr vorbringen. Aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr Ende Februar ist folgendes zu entnehmen. Die Zahl der Vorgemerkten ist im Laufe des Februar um 4,20 Prozent auf 2.440 gesunken. Sehr stark ist die Verbesserung im Jahresvergleich. Hier kam es zu einem Rückgang um 22,9 Prozent. Dies ist selbst im langjährigen Vergleich des Jahresrückganges verhältnismäßig viel. Allein zwei Drittel dieser Abnahme entfielen auf die Wirtschaftsbereiche Bau und Metall, die derzeit eine sehr gute Auslastung verzeichnen können. Bei den offenen Stellen ist die Tendenz weiterhin erfreulicherweise steigend. Die derzeit beim Arbeitsamt gemeldeten 436 freien Arbeitsplätze bedeuten gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 11,2 Prozent, im Vergleich zum Vorjahr sogar um 19,4 Prozent, also nahezu eine Verdoppelung. Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt, während sich die Zahl der gemeldeten Lehrstellen insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um etwa ein Drittel gesteigert hat, ist die Summe der Lehrstellensuchenden um etwa 50 zurückgegangen. Es haben sich gleich viele Burschen wie 1988 gemeldet. Bei den Mädchen waren es 1988 150, heuer sind es nur mehr 105, die einen Ausbildungsplatz anstreben. Ein größeres Angebot an offenen Lehrstellen gibt es vor allen in den Bereichen Holz und Fremdenverkehr. Auch im Baubereich nehmen die Ausbildungsangebote zu.
Meine Damen und Herren, in den abgelaufenen Tagen oder Wochen sind einige Vorsprachen unsererseits getätigt worden und ich darf berichten, daß über Vermittlung von Herrn Leithenmayr am 1. März 1989 ein Besuch bei Bundeskanzler Dr. Vranitzky stattgefunden hat, bei dem ich seitens des Magistrates teilnehmen durfte. Es war auch der Herr Magistratsdirektor mit dabei. Auch Landesrat Ing. Hermann Reichl und Kollege Leithenmayr haben an dieser Besprechung teilgenommen.
Wir haben die augenblicklich für unsere Stadt sehr wichtigen Probleme erörtert. Besprochen wurde unter anderem das weitere Schicksal der Steyr-Daimler-Puch AG. Als Vertreter der Stadt haben wir uns um eine abermalige finanzielle Unterstützung des Unternehmens bemüht. Bundeskanzler Dr. Vranitzky hat großes Verständnis dafür gezeigt und sicherte seine persönliche Verwendung für eine positive Erledigung zu. Es sind weitere Finanzmittel allerdings nicht zur Verlustabdeckung gedacht, sondern sollen die Unternehmensleitung in die Lage versetzen, die in Aussicht genommenen Strukturveränderungen erfolgreich durchzuführen und die für die Bereiche Traktorfertigung und Lkw-Erzeugung voneinander getrennt geführten Kooperationsverhandlungen positiv abzuschließen.
Ein weiterer Besprechungspunkt waren die für die Stadt vorrangigen Straßenbauvorhaben, nämlich die künftige Nordspange. Der Bundeskanzler wurde gebeten, sich nach Vorliegen des generellen Projektes für die erforderlichen Genehmigungsverfahren einzusetzen . Die Notwendigkeit des Straßenbaues wurde auch damit begründet, daß aus Kreisen der Wirtschaft immer wieder der Wunsch nach günstigeren Verkehrsverbindungen erhoben wird. Es wurde auch dargelegt, daß sich auf dem gegenwärtig noch ungeklärten Straßenverlauf in Dietach für die Stadt Steyr keine Verzögerungen ergeben dürfen. Darauf ist aus Sicht der Stadt

besonders hinzuweisen, weil der Ausbau der seinerzeit geplanten S 37 aus ähnlichen Gründen scheiterte.
Wenn es sich um den Ausbau des übergeordneten Straßennetzes handelt, so kann doch zweifelsfrei festgestellt werden, daß der nunmehr angestrebte Teilausbau, die Umfahrung Dornach, damit keineswegs im Widerspruch steht.
Einerseits würden dadurch die Verkehrsverhältnisse im Stadtbereich Steyr verbessert und andererseits wäre zu einem späteren Zeitpunkt ohne zusätzliche Schwierigkeiten wenn der Trassenverlauf ausdiskutiert ist, die Fortsetzung der Straßenbaumaßnahmen ohne Mehrkosten möglich. Der Herr Bundeskanzler hat gebeten, ihn persönlich von der weiteren Entwicklung auf dem laufenden zu halten und nach Vorlage des generellen Projektes durch die Bundesstraßenverwaltung unverzüglich zu verständigen. Wir haben in diesem Zusammenhang auch darauf gedrängt, daß im Bundesbudget 1990 die entsprechenden Mittel vorgesehen werden. Diese Budgeterstellungen beginnen ja bereits jetzt.
In weiterer Folge wurde um Unterstützung bei der Errichtung eines Parkdecks durch die ÖBB gebeten. Es ist davon auszugehen, daß die gemeinsamen Bestrebungen der Aktion "Westbahn für Steyr", die vom Kaufmann Franz Josef Hartlauer initiiert wurden für die Stadt einen direkten Westbahnanschluß für Steyr zu erreichen, zwar gescheitert sind, immerhin aber zu wesentlichen Verkehrsverbesserungen geführt haben. Das von den ÖBB im Bereich des Hauptbahnhofes Steyr zur Errichtung eines "park and ride"-Verkehrs geplante Parkdeck kann nur aufgrund eines Nahverkehrsvertrages zwischen dem Land Oberösterreich und den ÖBB errichtet werden. Der Bundeskanzler wurde ersucht, auf die ÖBB in dieser Richtung einzuwirken. Ich darf darauf hinweisen, daß bereits heute ein Schreiben eingelangt ist seitens des Landes Oberösterreich und wir haben auch in diesem Punkt - darauf werde ich noch kurz eingehen - eine Vorsprache bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck gehabt,und daß sich auch das Land dafür verwendet. Als letzten Punkt bei Bundeskanzler Dr. Vranitzky haben wir auch wesentliche Probleme des noch im Anlaufstadium befindlichen Projektes FAZAT besprochen. Auch dieses Projekt wird vom Bund ganz namhaft gefördert, wie uns das auch der Bundeskanzler versichert hat.
Das Straßenbauvorhaben Nordspange Steyr und die Frage Parkdeck der ÖBB wurden auch Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck am 6. März pesönlich vorgetragen und dieser hat in beiden Fällen positive Äußerungen abgegeben. Bei dieser Vorsprache war auch Kollege Holub mit dabei, es waren auch dabei Herr Landesrat Pühringer als zuständiger Straßenbaureferent, Landesrat Ing. Hermann Reichl und auch Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Karl Grünner. Wir haben bei dieser Aussprache das Gefühl gewonnen, daß man auch seitens des Landes die wirklich dringenden Vorhaben unserer Stadt entsprechend unterstützen und auch fördern wird.
Am 16. Februar stattete der neue Wohnbaulandesrat Leo Habringer der Stadt Steyr einen Besuch ab. Er stellte in den Grundsätzen die von ihm geplante Neuordnung der Wohnbauförderung dar. Landesrat Habringer wurde gebeten, die für Steyr eingereichten Neuvorhaben nach Möglichkeit in folgender Reihenfolge zu bewilligen.
1) Das Pensionistenwohnheim Ennsleite. Es soll 49 Wohneinheiten umfassen und wird einen Finanzbedarf von rund 25 Millionen Schilling erfordern. Der Landesrat wurde darüber informiert, daß die Pensionistenwohnhäuser in Steyr ein Spezifikum darstellen und sich immer wieder als sehr vorteilhaft erweisen. Richtet sich schon allgemein der Trend nach kleinflächigen Wohnungen, so ist dies umsomehr bei älteren Wohnungssuchenden der Fall. Die Konzipierung der Pensionistenwohnhäuser nimmt darauf Bedacht. Es wird versucht, die Pensionistenwohnhäuser auf alle Stadtteile aufzuteilen, wie wir ja bereits begonnen haben - wir haben ja nahezu in jedem Stadtteil solche Einrichtungen - weil sich daraus

für die älteren Bewohner insofern Annehmlichkeiten ergeben, als sie ihre gewohnte Umgebung nicht verlassen müssen. Das Pensionistenwohnhaus Ennsleite wurde deshalb an die erste Stelle gereiht, weil in diesem Stadtteil besonderer Wohnraumbedarf für ältere Menschen besteht. Sollte sich die Bewilligung der Wohnbauförderung noch länger hinauszögern, so ist auch daran gedacht, bei diesem Bauvorhaben eine Vorfinanzierung vorzunehmen. Dieser Umstand setzt aber unabdingbar die fixe Bekanntgabe eines Zeitpunktes fest,. ab dem mit der Mittelzuteilung aus der Wohnbauförderung gerechnet werden kann. Dies wurde binnen einer Frist von 2 Monaten von Landesrat Habringer zugesichert. Das heißt, daß innerhalb dieser Frist uns bekanntgegeben wird, ab welchem Zeitpunkt wir mit der Mittelzuteilung für diesen Wohnbau rechnen können.
Als besonders wichtige Neubauvorhaben wurden dem Landesrat folgende Projekte genannt:
2) weiterer Ausbau des Resthofes, Bauabschnitt III, mit insgesamt 113 Wohneinheiten. - 3) Das von der Stadt eingereichte Neubauvorhaben am Standort Resthofstraße 16, das 39 Kleinwohnungen umfaßt sowie 4) das Pensionistenwohnhaus Industriestraße mit 24 Wohneinheiten.
Soweit diese Mitteilungen.
Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich neben diesen aktuellen Themen, die konkrete Dinge beinhalten, doch auch einige grundsätzliche Aussagen bei meinen Berichten mache.
Wir konnten in letzter Zeit beobachten, daß besonders auf kommunaler Ebene, das betrifft ja nicht nur unsere Stadt, sondern das ist eine allgemeine Tendenz, der Wunsch nach Mitbestimmung und Mitgestaltung in vielen Bereichen deutlicher als in der Vergangenheit spürbar ist. Aktuelle Anlässe bei uns in Steyr sind sicher die Neuerrichtung des Gsangsteges, die Gestaltung des Ennser Knotens, wo das Bedürfnis der Bevölkerung auf Bürgermitbestimmung und direkte Demokratie besonders deutlich in Erscheinung getreten ist. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß wir ja in nächster Zeit einige Maßnahmen und Bauvorhaben geplant haben, die das Stadtbild und das Leben in unserer Stadt nicht unwesentlich beeinflussen. Ich denke an die Errichtung eines Parkdecks, ich denke an die Errichtung der Nordspange, um nur einige Beispiele anzuführen. Der weitere Ausbau im Wehrgraben, die Renovierung der Frauenstiege, die Erneuerung der Inneren Reiterbrücke und die Errichtung von Garagen im Wehrgraben. Ich glaube, daß man den Wunsch der Bevölkerung auf ein gewisses Mitspracherecht sehr ernst nehmen sollte und versuchen sollte, ein Gremium zu schaffen, in dem speziell die Anliegen der betroffenen Bürger besonders berücksichtigt werden können. Dies wäre meiner Ansicht nach durch die Schaffung eines unabhängigen Beratungsgremiums, dem keine Beschlußfunktion zukommen sollte, sondern ähnlich wie dem Umweltbeirat oder dem Verkehrsbeirat die Möglichkeit gegeben werden sollte, Empfehlungen an die beschlußfassenden Gremien abzugeben, etwa in Form eines Beirates für Stadt- und Ortsteilgestaltung oder eines Gestaltungsbeirates allgemein für die Stadt Steyr.
Über die Zusammensetzung eines derartigen Planungs- oder Gestaltungsbeirates bedarf es sicherlich noch einiger Vorgespräche. Es sollte gewährleistet sein, daß in diesem Gremium die Anliegen der betroffenen Bürger besondere Berücksichtigung finden können.
Ich möchte daher von dieser Stelle aus die Einladung an alle Fraktionen aussprechen, über die Zusammensetzung eines derartigen Gestaltungsbeirates nachzudenken und Vorschläge hiefür, die selbstverständlich allesamt ernsthaft geprüft werden, einzubringen. Unabhängig von der Schaffung dieses Gestaltungsbeirates denke ich jedoch auch daran, daß Entscheidungen von größerer Tragweite zweifellos vor deren Diskussion in der Öffentlichkeit den Mandataren ausführlich zur Kenntnis gebracht werden sollten. Ich beabsichtige, künftighin vor

der Vorlage von entscheidungsreifen Anträgen an den Gemeinderat zur Beschlußfassung über weitreichende Projekte Informationssitzungen des Gemeinderates in größerem Umfang und verstärktem Ausmaß abzuhalten, um eine optimale Vorausinformation für alle Funktionäre und Entscheidungsträger zu gewährleisten. Dies wird zweifellos auch dazu beitragen, daß die Entscheidungen für alle Mandatare und alle Fraktionen transparenter werden und es daher auch allen betroffenen Entscheidungsträgern hier im Steyrer Gemeinderat vielleicht etwas leichter fallen wird, zu ihrer persönlichen Entscheidung zu einem anstehenden Thema zu finden. Darüber hinaus sollen diese Informationssitzungen bereits im Planungs- und Entwicklungsstadium einzelner Projekte beabsichtigt sein, so daß in dieser Phase es noch wesentlich leichter ist, zusätzliche Vorschläge und Wünsche oder Anregungen einzelner Mandatare im Endprojekt zu berücksichtigen, als dies erst bei Vorlage des fertigen Beschlußantrages an den Gemeinderat und an die entscheidungsbefugten Mandatare der Fall ist. Ich glaube daher, daß mit der verstärkten Abhaltung auch von Informationssitzungen des Gemeinderates zweifellos ein Schritt zu mehr Transparenz gemacht werden kann und wiederhole nochmals meine Einladung an alle Fraktionen zur aktiven Mitarbeit an der Zusammensetzung eines künftig zu installierenden Gestaltungs- oder Planungsbeirates der Stadt Steyr. Ich könnte mir vorstellen, daß noch vor der Ferienzeit eine entsprechende Entscheidung über eine solche Einrichtung fallen könnte.

Applaus (GAL)

Soweit meine Mitteilungen, meine Damen und Herren. Ich bitte um Kenntnisnahme. Zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates darf ich, so wie immer, feststellen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Zu den Verhandlungsgegenständen kommend bitte ich Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen einige Anträge vorzutragen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Zurverfügungstellung der Berichte des Kontrollamtes über die quartalsmäßige Prüfungstätigkeit an die Fraktionen der GAL, KPÖ und FPÖ.
Ich möchte darauf hinweisen, daß grundsätzlich selbstverständlich gegen eine solche Methode nichts einzuwenden ist. Ich habe mich grundsätzlich dagegen nie ausgesprochen. Die Möglichkeit der Einsichtnahme in diese Berichte war ja bisher bereits gegeben und es hat jedes Mitglied des Prüfungsausschusses die Möglichkeit gehabt, Einsicht zu nehmen. Dem Vorsitzenden, dem Bürgermeister, sind die Berichte schriftlich zugegangen.
Der Grund für diese bisherige Vorgangsweise war, daß eben bei innerbetrieblichen Vorgängen eine besonderen Vertraulichkeit gewahrt werden soll. Ich darf an die Fraktionen und an die Mitglieder des Prüfungsausschusses appellieren, daß durch die Beschlußfassung heute - mein Antrag geht dahin, daß dies im Sinne des Antrages beschlossen werden soll - alle Mitglieder, das möchte ich betonen, also nicht nur die Fraktionsobmänner, sondern alle Mitglieder des Prüfungsausschusses die Unterlagen erhalten. Da kann sich dann jeder entsprechend infor-

mieren. Das gilt für alle Mitglieder. Daß hier natürlich eine Ausweitung der Information erfolgt und ich darf betonen, daß man hier Internas nicht für die Öffentlichkeitsarbeit einzelner Parteien oder Organisationen verwenden sollte. Es geht auch darum, daß in manchen Fällen dieses Prüfungen in persönliche Bereiche hineingehen.
Ich bitte also darum und darf bitten, meinen Appell aufzunehmen.
Meine Damen und Herren, der entsprechende Antrag lautet:

1) Präs-56/89
Schriftliche Berichte des Kontrollamtes der Stadt Steyr über die quartalsmäßige Prüfungstätigkeit - Zurverfügungstellung; Antrag der GAL-, KPÖ- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. 3. 1989 wird dem Antrag der Gemeinderatsmitglieder Ing. Karl Pragerstorfer (GAL), Otto Treml (KPÖ) und Roman Eichhübl (FPÖ), überreicht am 31. 1. 1989, der Gemeinderat möge beschließen, daß die schriftlichen Berichte des Kontrollamtes der Stadt Steyr über die quartalsmäßige Prüfungstätigkeit einschließlich des jeweiligen Jahresberichtes nicht nur den ÖVP- und SPÖ-Gemeinderatsfraktionen, sondern entsprechend dem Gleichheitsgrundgesetz auch den Fraktionen der GAL, KPÖ und FPÖ zeitgerecht vor den Kontrollausschußsitzungen zur Verfügung gestellt werden, stattgegeben.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Sie haben den Antrag gehört. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die KPÖ-Fraktion begrüßt natürlich diesen Antrag, daß auch die Minderheitsfraktionen des Steyrer Gemeinderates in Zukunft den Kontrollbericht oder die Kontrollberichte erhalten. Es freut mich außerordentlich, daß auch hier eine Erweiterung jetzt stattgreift aufgrund des Antrages seitens der KPÖ, der GAL und der FPÖ, daß in Zukunft sogar alle Mitglieder des Prüfungsausschusses den Kontrollbericht bekommen. Entschuldigung, ich habe erst jetzt den Amtsbericht gelesen, aber aufgrund Deiner Aussage, aber im Antrag, steht das, glaube ich, nicht. Wenn ich mich nicht irre. Im Antrag heißt es nur, daß entsprechend dem Gleichheitsgrundgesetz, so wie es wir verlangt haben, auch den Fraktionen GAL, KPÖ und FPÖ zeitgerecht vor den Kontrollausschußsitzungen das zuzustellen. Das würde bedeuten, aufgrund der mündlichen Antragstellung von Bürgermeister Schwarz, daß diese Erweiterung natürlich mit beschlossen wird. Ich bin jedoch der Auffassung, daß die Bereitstellung der Kontrollberichte sowie auch der Amtsberichte für alle im Gemeinderat vertretenen Parteien nicht nur abgesegnet werden durch einen Beschluß des Gemeinderates, sondern das im Statut Steyr verpflichtet verankert wird und nicht nur von diesem GR-Beschluß abhängig ist, der unter Umständen auch nach Gutdünken jeweils der Mehrheitsverhältnisse wieder ohne weiteres durch einen Beschluß aufgehoben werden könnte. Laut unserem Gemeindestatut § 8 heißt es ja, daß nur der Fraktionsobmann berechtigt ist, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Gemeinderat zu behandeln sind, und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkt aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, sich Aufzeichnungen zu machen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. In unserem Statut wird es so geregelt,

und ich hoffe, daß auch diese Frage, die wir heute wahrscheinlich einstimmig beschließen werden, auch bei der Novellierung des Statutes der Stadt Steyr berücksichtigt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich danke für die Wortmeldung. Aus dem Inhalt der Wortmeldung habe ich keinen Antrag entnehmen können, sondern es war ein Kommentar zur Stellungnahme. Vielleicht zum weiteren Verfahren. Ich denke, wir sollten uns ersparen, einen an sich zur Geschäftsordnung entsprechend notwendigen Abänderungs antrag zum Sachantrag der drei Antragsteller zu stellen und den Antrag im Sinne des Vortrages des Herrn Bürgermeisters als erledigt betrachten. Darf ich fragen, ob dazu Einverständnis herrscht? Der Herr Bürgermeister möchte dazu etwas zur Geschäftsordnung sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es wäre sicherlich der Geschäftsordnung entsprechend ein Abänderungsantrag notwendig gewesen. Ich glaube aber, daß es eine logigsche Folge des Antrages ist, der Antrag hat ja den Sinn gehabt, daß die Einsichtnahme einem breiteren Kreis zur Verfügung gestellt wird als bisher. Es sollte jetzt nicht wieder unterschieden werden zwischen Fraktionsobmännern und nicht Fraktionsobmännern, sondern es sollte jedes Mitglied des Prüfungsausschusses in die Lage versetzt werden, sich eingehender und besser informieren zu können. Diese Beschlußfassung soll auch unterstreichen, daß wir selbstverständlich gegenüber der Öffentlichkeit nichts zu verschweigen haben. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich darf aber nochmals bitten, die Vertraulichkeit insofern zu berücksichtigen bei diesen Dingen, daß man persönliche Angaben, die unter Umständen in solchen Berichten aufscheinen, in keiner Weise auswerten sollte und die Vertraulichkeit, trotzdem diese Dinge einem größeren Kreis zur Verfügung stehen, in keiner Weise verletzt werden sollte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich glaube, daß eine Abänderung tatsächlich nicht erforderlich ist, weil die Erledigung des Antrages ja antragsgemäß erfolgt und die Durchführung der Erledigung dann über den Antrag hinausgeht und die wesentlichen Grundzüge im Protokoll der heutigen Sitzung enthalten sind. Daher können wir uns die Formulierung wirklich ersparen.
Kollege Pragerstorfer bitte!

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Meine Wortmeldung hat sich damit erledigt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Gut, wünscht sonst noch jemand zum Gegenstand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort entfällt. Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Stimmenthaltung? Beides nicht zu verzeichnen, somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Neubestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr. Bisher wurde diese Funktion des Mitglieds der Bezirksgrundverkehrskommission vom jeweiligen Magistratsdirektor, jetzt also Herrn OSR. Dr. Knapp, und die des Ersatzmitgliedes von Herrn OSR. Dr. Kurt Wabitsch ausgeübt. Die beiden genannten Personen werden für die jeweilige Funktion auch für die kommende Periode vorgeschlagen.

Der Antrag lautet:

2) Agrar-7225/88
Erlaß
Neubestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder
der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes werden für die kommende Funktionsperiode der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr vom 1. 7. 1989 bis 30. 6. 1994 Herr Magistratsdirektor OSR Dr. Franz Knapp als Mitglied und OSR Dr. Kurt Wabitsch als Ersatzmitglied bestellt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Achtung, aufpassen: wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Gewährung von Subventionen an die Steyrer Sportvereine für das Jahr 1989. Die Steyrer Sportvereine erhalten aufgrund der im Jahre 1984 erstellten Subventionsliste Barsubventionen zur Durchführung ihres laufenden Sportbetriebes. Für die Bemessung der Höhe der Subventionen wurden weitgehend die Mitgliederzahlen, die sportlichen Aktivitäten im Breiten- und Spitzensport, die Wettkampferfolge sowie die Nachwuchsarbeit der Vereine herangezogen. Die Liste umfaßt einschließlich der drei Dachverbände 41 Vereine. Zur Auszahlung der Subventionen ist ein Betrag in Höhe von S 675.000,- notwendig.
Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben.

3) Ha-436/89
Gewährung von Subventionen an Steyrer
Sportvereine im Jahr 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
An die nachstehend angeführten Steyrer Sportvereine und -verbände werden im Jahr 1989 die in der Folge angeführten Einzelsubventionen im Gesamtbetrag von
S 675.000,-- (sechshundertfünfundsiebzigtausend)
gewährt. Der genannte Betrag wird bei der VASt 1/2690/757000.9 freigegeben. Sämtliche Subventionen sind zur Gänze im Mai dieses Jahres auszuzahlen.

Allgemeiner Turnverein	S 28.000,--
Alpenverein, Ortsgruppe Steyr	S 17.000,--
Angelsportverein	S 3.000,--
ARBÖ, Ortsgruppe Steyr	S 30.000,--
ASKÖ Basketball-Spielgemeinschaft	S 6.000,--
ASKÖ Basketballclub	S 6.000,--
ASKÖ Freizeitklub Resthof	S 4.000,--
ASKÖ Karate	S 7.000,--
ASKÖ Kegelsportklub	S 6.000,--
ASKÖ Magistratssportverein	S 5.000,--
ASKÖ Minigolfklub	S 4.000,--
ASKÖ Modellflieger	S 3.000,--
ASKÖ Schibobklub	S 3.000,--
ASKÖ Schiverein	S 11.000,--

ASKÖ Schwimmklub	S 7.000,--
ASKÖ Stockschützen-Waldrandsiedlung	S 3.000,--
ASKÖ Tischtennisklub	S 3.000,--
ASKÖ Wehrgraben	S 3.000,--
ASKÖ Windsurfklub	S 5.000,--
ASKÖ Volleyball	S 4.000,--
ASV Bewegung	S 23.000,--
ATSV Stein	S 12.000,--
ATSV "Vorwärts" Steyr	S 130.000,--
Heeressportverein Steyr	S 7.000,--
Kajak- und Segelsportverein Forelle	S 24.000,--
Motor-Sport-Club	S 5.000,--
Naturfreunde, Ortsgruppe Steyr	S 44.000,--
OÖAMTC, Ortsgruppe Steyr	S 10.000,--
Polizeisportvereinigung Steyr	S 8.000,--
Reitklub	S 5.000,--
Ruderverein 1888	S 8.000,--
Schiklub Steyr-Musica	S 15.000,--
Schützengesellschaft	S 7.000,--
SK Amateure	S 65.000,--
SK Vorwärts	S 61.000,--
Sportflieger	S 12.000,--
Tauchsportklub	S 4.000,--
Turn- und Sportunion Steyr	S 26.000,--
ASKÖ Bezirksorganisation	S 17.000,--
ASVÖ Bezirksorganisation	S 17.000,--
UNION Bezirksorganisation	S 17.000,--
	S 675.000,--

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Der Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, der Subventionierung des Betriebes des Vereines "Museum Arbeitswelt" die Zustimmung zu geben. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) K-7095/80
Museum der Industriellen Arbeitswelt
Steyr; Subvention 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 10. 2. 1989 wird dem Museum der Industriellen Arbeitswelt für den Betrieb des Museums eine Subvention in der Höhe von S 500.000,- gewährt. Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 500.000,-- (fünfhunderttausend)
werden bei der VSt 1/3600/757200.3 freigegeben.

Ich bitte um die Zustim mung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Der Antrag steht zur Diskussion. Ich sehe keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, wird Ihnen vorgeschlagen, einer Straßenbenennung die Zustimmung zu geben. Es geht um die Benennung der bisher unbenannten Verbindungsstraße zwischen der Ennser Straße und der Kreuzung Steiner Straße-Feldstraße. Ich schlage Ihnen vor, diese Straße "August-Moser-Straße" zu nennen.
Meine Damen und Herren ich glaube, es hieße Wasser in die Enns zu tragen, wenn man über die Persönlichkeit von August Moser einen breiten Bericht bringen würde. August Moser war zeit seines Lebens Funktionär der Arbeiterbewegungen in Steyr. Er war unter anderem Betriebsrat der Steyr-Daimler-Puch AG, er war darüberhinaus viele Jahre Mitglied des Gemeinderates und des Stadtsenates. Er ist außerdem Träger der Ehrenmedaille unserer Stadt. Ich glaube, es ist gerechtfertigt, daß ihm im Andenken an seine Leistungen auch eine Straßenbenennung gewidmet ist. Ich darf Ihnen den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vorlesen.

5) Ges-15/88
Straßenbenennung "August Moser-Straße".
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 27. Februar 1989 erhält die derzeit unbenannte Verbindungsstraße zwischen der Ennser Straße und der Kreuzung Steiner Straße - Feldstraße, im Lageplan rot lasiert, die Bezeichnung "August-Moser-Straße".

Ich bitte sie um Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Zu Wort gemeldet zu diesem Antrag ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Wenn wir heute eine Straße nach August Moser benennen, dann ehren wir mit diesem Akt zugleich, möchte ich sagen, die große Arbeitertradition der Eisenstadt Steyr. Obwohl - wie Sie wissen - August Moser in Wels geboren wurde, erlebte er bereits die entscheidenden jungen Jahre in Steyr und ist dadurch ein angesehener Arbeiterfunktionär in unserer Stadt geworden. Sein Leben lang verkörperte er auch einen großen Abschnitt der Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesonders der Steyrer Arbeiterbewegung, und zwar in einem Abschnitt einer besonderen historischen Epoche. Schon im ersten Weltkrieg war sein Leben und Wirken eng mit den Steyr-Werken verbunden. Die Steyr-Werke waren damals nicht nur eine der wichtigsten Waffenschmieden der österreich-ungarischen Monarchie, sondern auch eine Schmiede, möchte ich sagen, der Arbeitersolidarität und des Kampfes der Arbeiterschaft für ein besseres Leben und gegen die Militarisierung auch des Steyr-Werkes. Aufgrund des großen Vertrauens seiner Kollegen wurde August Moser damals zum Betriebsrats-Obmann gewählt. Es war eine wirtschaftlich ungemein schwierige Zeit, in den letzten Jahren der Ersten Republik, drückte die Wirtschaftskrise die ganze Stadt Steyr und insbesonders auch die Steyr-Werke schwer nieder und so manche Maßnahmen in der Gegenwart beginnen, eine beklemmende Ähnlichkeit mit dem Beginn jener schweren Tage von damals zu bekommen. In einer solchen Zeit als Betriebsratsobmann eines so wichtigen Betriebes

zu sein, erforderte den ganzen Einsatz einer Persönlichkeit, Standfestigkeit und unbeirrbare Zähigkeit. Diese beiden Eigenschaften hat August Moser in hohem Maß besessen. Als es im Februar 1934 darum ging, die Freiheit und Demokratie in Österreich zu verteidigen, hat er sich als entschlossener und wie wir wissen aufrechter Kämpfer bewährt. Diese Kämpfe in unserer Stadt, die auf das engste mit dem Namen Moser verbunden sind, gingen längst in die Geschichte der Arbeiterbewegung ein und bilden auch einen festen Bestandteil der Tradition der Arbeiterstadt Steyr, die nicht nur - so möchte ich sagen - in unserem Land, sondern auch im internationalen Maßstab lebendig geblieben ist. Aus dem Versagen der damaligen sozialdemokratischen Führung zog Moser ja die Konsequenzen und trat 1934 der kommunistischen Partei bei, der er bis zu seinem Tode am 7. Oktober 1986 unerschütterlich die Treue bewahrt hat. Um 1934 einer Verhaftung zu entgehen, hielt er sich bei einem kleinen Bauern in der Nähe unserer Stadt, in Behamberg, versteckt, emigrierte anschließend, wie Bürgermeister Schwarz schon angeführt hat, in die Tschechoslowakei. Seine Exiljahre verbrachte Moser in der Tschechoslowakei, in der Sowjetunion, in Frankreich und in Schweden. In Schweden während des Zweiten Weltkrieges hat August Moser mit dem späteren Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky bei der Sammlung der österreichischen Antifaschisten im Kampf für die Errichtung eines freien, unabhängigen und demokratischen Österreichs zusammengearbeitet. Erst nach 12jährigem Exil kam er im Dezember 1945 in seine Heimatstadt Steyr zurück. Obwohl Moser schon damals in den reifen Jahren stand, hat er sich mit ganzer Kraft in den Dienst am Aufbau der Demokratie, vor allem der Gewerkschaft und auch seiner Partei, gestellt. Er gehörte Jahrzehnte auch dem höchsten Gremium unserer Partei, dem Zentralkomitee an, er hatte auch Funktionen im Landesmaßstab inne sowie auch in der Stadt Steyr. Die OÖ. Arbeiterkammer hat ihn nach dem Zweiten Weltkrieg zum Vizepräsidenten der Arbeiterkammer in Oberösterreich gewählt. August Moser hat sich stets durch sein profundes Wissen und durch seine klare Sprache Respekt und Aufmerksamkeit in allen Körperschaften erfreut. Dazu zählt auch der Steyrer Gemeinderat, in dem er ja jahrelang wirkte. August Moser hat den Ersten Weltkrieg als sozialdemokratischer Funktionär und den Zweiten Weltkrieg als kommunistischer Funktionär miterlebt und daraus auch die Schlußfolgerungen gezogen, daß der Kampf um den Frieden auch zu den wichtigsten Aufgaben eines Kommunalpolitikers gehört und vor allem auch der Arbeiterbewegung. Wie wir auch schon heute gehört haben, war August Moser ununterbrochen vom Jahre 1946 bis August 1971 als Gemeinderat der Stadt Steyr tätig. Von 1952 bis 1961 war Moser hier in der Stadt auch Stadtrat. Als Sprecher der kommunistischen Gemeinderatsfraktion galt sein ganzes Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze in unserer Stadt und vor allem auch dem sozialen Wohnbau in unserer Heimatstadt. Aufgrund seiner Idee und Initiative wurde, wenn Sie sich noch erinnern können, zumindest die Älteren, das erste Pensionistenhaus in einem Wohngebiet errichtet. Anläßlich seines 85. Geburtstages würdigte die Stadt Steyr sein 25jähriges Wirken als Mitglied des Gemeinderates und Stadtsenates durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr. Für die mehr als 70jährige Zugehörigkeit zur Gewerkschaft wurde er vom Arbeiterkammerpräsidenten Freyschlag ausgezeichnet. Die größte Auszeichnung ist aber, daß sein ganzes Leben beispielgebend für die jüngere Generation nicht nur in unserer Stadt sondern darüberhinaus wurde. Dies kommt auch als sichtbares Zeichen heute zum Ausdruck, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr eine Straße am Tabor nach dem Arbeiterfunktionär August Moser benennt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich danke für die zweite Laudatio. Ehe ich die Frage stelle, ob noch jemand sprechen will, stelle ich fest, daß im Antrag die Straßenbezeichnung noch "Gustl Moser-Straße" lautet, daß das bitte auch für das Protokoll in "August Moser-

Straße" abgeändert wird. Die Straßenbezeichnung soll über Wunsch des Repräsentanten der Mutterpartei des Ausgezeichneten "August Moser-Straße" heißen. Wünscht noch jemand zu dieser Straßenbenennung zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen diese Straßenbezeichnung ist, der möge ein Zeichen mit der Hand geben? Wünscht jemand, sich der Stimme zu enthalten? Auch das ist nicht der Fall, damit ist der Antrag einstimmig angenommen.
Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichterstattung und möchte ihm den Vorsitz zurückgeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für die Vorsitzführung.
Anstelle des Kollegen Wippersberger bitte ich Kollegen Pimsl um den Vortrag der nächsten Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL anstelle des abwesenden Vizebürgermeisters Wippersberger:
Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Meine erster Antrag hat den Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes durch Entnahmen bzw. Zuführung von Rücklagen zum Inhalt. Das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung 1988 weist im ordentlichen Haushalt Einnahmen von 661,782.926, Schilling und Ausgaben von 593,025.920 Schilling auf. Aus der Rücklage zur Reinhaltung des Grund- und Quellwassers wird ein Betrag von S 1,751.155 für den Reinhaltungsverband entnommen und der ordentliche Haushalt mit einer Zuführung an die allgemeine und Betriebsmittelrücklage in Höhe von S 70,508.161 ausgeglichen. Der außerordentliche Haushalt zeigt bei den Einnahmen ein vorläufiges Ergebnis in Höhe von 105,420.150 Schilling und bei den Ausgaben in Höhe von 69,314.698 Schilling auf. Durch den im außerordentlichen Haushalt erforderlichen Ausgleich je Teilabschnitt werden Zuführungen an Rücklagen in Höhe von S 54,018.963,- und gleichzeitig Rücklagenentnahmen in Höhe von S 17,913.512,- allgemeine und Betriebsmittelrücklage vorgeschlagen. Der Überschuß im außerordentlichen Haushalt beträgt somit S 36,105.451. Dazu darf noch bemerkt werden, daß die günstige Entwicklung im ordentlichen Haushalt durch Mehreinnahmen vor allem in der Gewerbesteuer in der Höhe von 5,236.000,- Schilling entstanden ist, wobei allerdings ein Teil schon wieder aufgerechnet wurde für heuer. Daß die Lohnsummensteuer sich günstiger entwickelte, und zwar mit Mehreinnahmen von 1,268.000 - auf- oder abgerundet - , daß sich interessanterweise bei der Gewerbesteuer eine Minderentwicklung von S 284.000 ergab. Das ist zum Teil auch darauf zurückzuführen,daß den Einsprüchen gegen die Getränkesteuer von uns stattgegeben werden mußte. Das ist natürlich Ausdruck dieser Entwicklung. Sicher in der Gesamtsumme kein sehr hoher Betrag, aber immerhin eine interessante Entiwcklung. Die Ertragsanteile haben sich ebenfalls um mehr als 5 Millionen besser entwickelt, so daß sich der Nettoertrag im ordentlichen Haushalt im vergangenen Jahr um rund 13 Millionen Schilling besser niederschlug als vorgesehen. Ebenso günstig entwickeln sich hier die Rücklagen. Es ist gelungen, durch bessere Einnahmen, durch geringere Ausgaben, die zum Teil erst für heuer notwendig wären, weil gewisse Überträge über das Haushaltsjahr hinweg notwendig wurden ,daß immerhin sich die Rücklagenentwicklung auf rund 127 Millionen Schilling ergab. Das macht es auch möglich, daß Kredite, die mit einem besonders hohen Kreditzinssatz versehen sind, gekündigt werden können und entsprechende Schreiben sind an die einzelnen Institute bereits abgesandt worden. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß das durchaus eine erfreuliche Entwicklung darstellt. Wir wissen, daß unser Finanzreferent sehr gewissenhaft,

sehr vorsichtig seine Budgetvorschläge erstellt. Es ist meiner Meinung nach sicher eine korrekte und richtige Vorgangsweise und es sollte uns eher diese Entwicklung als eine angenehme Erscheinung zukommen, als es möglicherweise zur Kritik Anlaß geben sollte.
Ich darf Ihnen daher folgenden Antrag stellen.

6) Buch-7100/88
Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1988 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes wird eine Rücklagenzuführung in Höhe von S 70,508.161,34
sowie eine Entnahme aus der Grund- und Quellwasserrücklage in Höhe von - S 1,751.155,15
bewilligt.
Der Ausgleich im außerordentlichen Haushalt hat durch Rücklagenzuführungen in Höhe von S 54,018.963,85 sowie Entnahmen in Höhe von S 17,913.512,57, somit einer Netto-Rücklagen-Zuführung in Höhe von S 36,105.451,28
zu erfolgen. Zum Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes werden somit die Rücklagen in Saldo um insgesamt S 104,862.457,47

erhöht.
Für die Zuführungen an Rücklagen werden bei den angeführten Voranschlagsstellen nachfolgende Freigaben und Kreditüberschreitungen genehmigt.

VA. St.	Freigabe	Kreditüberschreitung	Gesamtbetrag
1/9810/298000.2	-	70,508.000,--	70,508.000,--
5/2220/298000.2	1,400.000,--	-	1,400.000,--
5/4200/298000.2	-	5,723.000,--	5,723.000,--
5/6120/298000.0	-	2,223.000,--	2,223.000,--
5/8110/298000.9	-	6,731.000,--	6,731.000,--
5/8400/298000.4	23,898.000,--	-	23,898.000,--
5/8460/298000.8	14,024.000,--	20.000,--	14,044.000,--
Summen	39,322.000,--	85,205.000,--	124,527.000,--

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für den Bericht. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Der vortragende Kollege Stadtrat Pimsl hat gemeint, daß es, wenn man wollte, möglich wäre, Kritik zu äußern an der Einhaltung der Budgetzahlen. Es wäre natürlich in höchstem Ausmaß unvernünftig, die Bildung von Rücklagen und die Ermöglichung von Rücklagen negativ darzustellen, weil sie ja für die Stadt den für das Rechnungsjahr 1989 erforderlichen Spielraum darstellt. Man könnte, wenn man wollte, die Herkunft der Rücklagen näher durchleuchten. Es ist aber meiner Meinung nach nicht 100 %ig notwendig, weil die bezughabenden Beschlüsse in der Regel einstimmig gefaßt wurden und Übereinstimmigkeiten dann zwei- dreimal nachzudiskutieren und so lange zu diskutieren, bis man vielleicht Mißverständnisse provozieren kann, halte ich für ausgesprochen sinnlos.

Ich möchte den Bericht des stellvertretenden Berichterstatters dahingehend ergänzen, daß wir uns durch dieses offensichtlich sehr positive Bild der Rücklagen nicht angespornt fühlen sollten, diese Rücklagen in einem Jahr zu verbrauchen. Die Rücklagen sind ja zum Teil schon verbraucht. Es wurde korrekterweise angeführt durch Maßnahmen, die im Jahr 1988 entweder noch nicht vollendet oder noch nicht abgerechnet waren. Das ist eine ganz schöne Summe und das wird gegen diese Rücklagen zu buchen sein.
Die Abweichung zwischen der Erwartung und dem tatsächlich Erreichten resultiert nicht nur aus der wirtschaftlichen Einschätzung, die korrekterweise vorsichtig war. Es hat ja zu Ende des Jahres 1987 durchaus noch nicht so ausgeschaut, als würde die Konjunktur in einem Ausmaß anspringen, das ja - das muß man ehrlicherweise sagen - die die Erwartungen aller Wirtschaftsgurus um 100 Prozent übertroffen hat. Diese 100 Prozent schlagen sich natürlich teilweise bei den Einnahmen nieder, das wurde auch korrekterweise gesagt, aber das Ausmaß der nicht in Anspruch genommenen Vorhaben ist schon ein sehr großes. Sonst wären ja die Zahlen nicht möglich. Ich glaube, es gibt beim Rechnungsabschluß für das Jahr 1988 noch ausreichend Gelegenheit, die einzelnen Anschlagsposten zu durchleuchten, wie weit man mit der Nichtinangriffnahme einverstanden sein kann oder auch nicht. Daher glaube ich sollte man mangels allgemein zugänglicher Unterlagen die Diskussion in dieser Richtung fairerweise heute nicht führen. Ich kann namens meiner Fraktion die Zustimmung zu dem vorgelegten Antrag erklären.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Auf das Schlußwort wird verzichtet, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Die Stadt Steyr sucht jährlich um Gewährung eines Zweckzuschusses zur Förderung von öffentlichen Personen, Nahverkehrsunternehmen, an und die sind gebunden für den Ortslinienbetrieb der Stadtwerke. Im Vorjahr wurde der Stadt Steyr ein derartiger Zweckzuschuß in Höhe von 1,173.000 gewährt. Die Gewährung eines derartigen Zweckzuschusses wurde jedoch bisher immer vom Bundesministerium für Finanzen davon abhängig gemacht, daß die Stadt Steyr eine entsprechende Grundleistung mindestens in der Zuschußhöhe an die Stadtwerke zur Auszahlung bringt. Das macht notwendig, daß ich Ihnen nachstehenden Antrag zur Annahme vorlege.

7) Präs-31/83
ÖAG-4002/86
Verkehrsbetrieb der Stadtwerke;
Zuerkennung der Grundleistung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 2. 2. 1989 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke Steyr für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von S 1,200.000,- bewilligt.
Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 600.000,-- (sechshunderttausend)
bei der VSt 1/8790/759200.5 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 600.000,-- (sechshunderttausend)
bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pragerstorfer hat sich zu Wort gemeldet, bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Kolleginnen und Kollegen, bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben habe ich immer wieder, wenn sie im Gemeinderat behandelt werden, den Eindruck, daß es eine Angelegenheit ist, der man sich möglichst mit bürokratischer Manier entledigt. Ohne daß man sich besonders viele Gedanken darüber macht. Ich habe es mir daher zur Aufgabe gemacht, daß ich auch bei dieser Gelegenheit immer wieder darauf hinweise und an sie appelliere, daß man öffentlichen Verkehr auch etwas kreativer sehen kann, daß das in vielen Städten Europas auch so getan wird, daß man sich bemüht, im öffentlichen Verkehr mehr Einnahmen zu erreichen durch attraktivere Angebote, durch mehr Marketing und ein attraktiveres Auftreten und daß man sich auch bemüht, den Nachteil des öffentlichen Verkehrs, den er hat gegenüber dem Individualverkehr, in dem eben der Individualverkehr indirekt immer wieder subventioniert wird über den Bau von immer mehr und immer breiteren und immer schneller befahrbareren Straßen und daß dieser Nachteil mehr und mehr vermindert wird, so daß die Leute mehr Anreize haben, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Ich denke, wir tun es als Gemeinde und wir tun uns sehr leicht, indem wir einfach ein paar Millionen über den Tisch schieben und der Rest am Jahresende ausgeglichen wird, was an Defizit da ist. Damit hat sich die Sache. Ich würde mich sehr freuen, wenn es einmal eine Diskussion geben könnte für den Gemeinderat, wie in Steyr ein öffentliches Verkehrskonzept aussehen könnte. Es wird sehr viel diskutiert über den Ausbau von Straßen, über den Bau von Brücken. Ich würde mir sehr viel mehr wünschen, daß man über den öffentlichen Verkehr mehr, intensiver und auch kreativer diskutiert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Darf ich zur Aufklärung sagen, daß wir selbstverständlich im Falle der Errichtung dieses Parkdecks über den Einsatz unserer öffentlichen Verkehrsmittel eine breite Diskussion abführen werden müssen, weil sich sicherlich dann auch die Linienführungen entsprechend verändern. Ich darf aber sagen, daß die Stadt Steyr, die Verkehrsbetriebe, an sich durch ihre sozialen Tarife in der Tarifgestaltung sicherlich dem Wunsch breiter Kreise der Bevölkerung immer Rechnung getragen haben. Ich darf darauf hinweisen, um diesen Vergleich zu bringen, daß beispielsweise in Wels, wo es keine öffentlichen Verkehrsbetriebe gibt, zur Führung dem Privatbetrieb jährlich einen Betrag von 13 Millionen Schilling aus dem Budget als Zuschuß gewährt wird. Das möchte ich nur sagen, daß eine kostendeckende Führung eines innerstädtischen Verkehrsmittels derzeit kaum denkbar ist. Ich bin aber für jede Anregung dankbar, die uns hier in eine bessere wirtschaftliche Situation bringt.
Dieser Punkt steht aber nach wie vor zur Diskussion. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ein Wort dazu, weil es geheißen hat, daß man diesen Antrag so bürokratisch über den Tisch bringt. Lieber Kollege Pragerstorfer, es handelt sich tatsächlich um nichts anderes als bürokratische Abwicklung. Daß öffentlicher Verkehr zuschußbedürftig ist, da sind wir sicher alle einer Meinung, weil wir - auch da stimmen wir überein - sinnvollerweise den öffentlichen Verkehr bezuschussen, als die sehr kurzfristige Investition in Straßen zu tätigen. Kurzfristig deshalb, weil der Erneuerungsbedarf an der Straßenoberfläche häufiger auftritt als der Erneuerungsbedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln. Abgesehen von den landschaftspflegerischen Standpunkten. Aber, damit man die übergeordneten

öffentlichen Mittel bekommt, muß man auch die Spielregeln einhalten. Und die sind durch zwei Ebenen vorgegeben. Das eine ist die Förderungsdarreichung durch die Bundesstellen und das andere ist die Geschäftsordnung und das Statut der Stadt Steyr. Die entsprechenden Beschlüsse sind daher bürokratisch zu fassen, was Sie nicht dazu veranlassen sollte, mich jetzt so zu sehen, als wäre ich mit Ihnen nicht einverstanden, daß man die Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs und die Art und Weise,wie er attraktiv und marktgerecht gestaltet wird, sehr wohl überdenken sollte. Wir befinden uns hier im Einklang in der Forderung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht sonst noch jemand zu sprechen? Kollege Pimsl bitte das Schlußwort.
Ich darf noch dazusagen, wir haben diese Woche ein Gespräch mit den Stadtwerken geführt. Es geht hier um grundsätzliche Überlegungen und ich habe schon darauf hingewiesen, es erscheint sinnvoll, wenn sich größere Veränderungen im ruhenden Verkehr ergeben, daß wir in der Stadt breit darüber diskutieren. Ich darf auch sagen, daß das Angebot, das Fahrplanangebot seitens der Stadtwerke sehr groß ist . Man muß also auch darüber reden, wenn die Attraktivität der Verkehrsmittel noch größer oder noch gesteigert werden soll, und man muß auch über die Preisgestaltung diskutieren. Das ist die weitere Folge davon. Ich möchte dieser Diskussion nicht vorgreifen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Man muß grundsätzlich den Überlegungen recht geben, daß man Ausgaben durch entsprechende Einnahmen abzudecken hat. Aber es gibt gerade im öffentlichen Verkehr eine Reihe von Überlegungen, die diesen Grundsätzen nicht immer Rechnung tragen lassen . Vor allem auch nicht der eigenen Fraktion, Herr Kollege Pragerstorfer, denn Ihr Vorgänger hat ja sogar den Nulltarif gefordert für das städtische Verkehrsnetz und nicht eine kostendeckende Presigestaltung. Es ist auch der Vorwurf einigermaßen klarzustellen, daß es zu wenig Initiativen gibt, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen. Ich verweise nur an die Anstrengungen der Stadt bei der Schiene, wo es immerhin gelungen ist, durch günstigere Anschlußmöglichkeiten und schnellere Verbindungen einige durchaus sichtbare Verbesserungen zu erreichen - sie sind aber noch nicht ausreichend und befriedigend. Wir haben seit Jahren versucht, daß die Stadtwerke Stadtteile anfahren, die etwas ferner dem Zentrum liegen. Diese Strecken sind es vor allem, die schwere Defizite einfahren lassen. Während in jenen Strecken, wo der Hauptverkehr stattfindet, durchaus auch unsere Verkehrsbetriebe zu einer attraktiven Linie geworden sind, auch von den Einnahmen her durchaus etwa in ausgeglichenen Verhältnissen fahren können, sind jene Bereiche, wie etwa Klein aber Mein, Gleink etc., schwer defizitär. Wenn man noch dazu vermerken muß, daß in den letzten Jahren das Fahrgastaufkommen unserer Verkehrsbetriebe erheblich zurückgegangen ist und es auch dafür zumindest eine plausible Erklärung gibt, dann wird mir manches Mal durchaus verständlich, daß es nicht ganz leicht ist, ein öffentliches Verkehrsmittel zu führen, welches einerseits allen Anforderungen gerecht wird und andererseits von der Preisgestaltung so attraktiv ist, daß man es ohne Zuschüsse jederzeit bewerkstelligen kann.
Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, es sind in den Betrieben in Steyr, speziell in den Steyr-Werken, innerhalb einiger Jahre um tausende Beschäftigte weniger geworden. Diese Leute haben auch zum Teil zumindest dieses öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch genommen. Das ist heute nicht mehr der Fall, daher gibt es auch kaum mehr überlastete Strecken und Zeiten, wie es noch vor Jahren der Fall gewesen ist. Wenn ich richtig informiert bin, ist gerade die Einnahmenentwicklung bei unseren städtischen Verkehrslinien eine äußerst negative.

Wir müssen uns wahrscheinlich, wie schon der Herr Bürgermeister gesagt hat, in absehbarer Zeit mit Lösungen beschäftigen. Ich meine aber, daß das eine mit dem anderen jetzt keinen direkten Zusammenhang hat und bitte daher um Zustimmung zu meinem Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Mein dritter Antrag betrifft den Wasserverband "Region Steyr", Bauabschnitt 04; Landesförderung, Anteil der Stadt Steyr, und hat folgenden Wortlaut:

8) ÖAG-6136/86
Wasserverband "Region Steyr"; Bauabschnitt o4;
Landesförderung - Anteil der Stadt Steyr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 9. 1. 1989 wird der Annahme eines dem Wasserverband "Region Steyr" für den Bau der Wasserversorgungsanlage BA 04 gewährten Darlehens des Landes Oberösterreich in der Höhe von S 793.000,- sowie der Übernahme der Haftung für dieses Landesdarlehen durch die Stadt Steyr zugestimmt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Mein letzter Antrag betrifft den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Bauabschnitt 06 - Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich - Darlehensanteil der Stadt Steyr. Der Antrag lautet:

9) Ha-2388/76
Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 06 - Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich; Darlehensanteil der Stadt Steyr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 10. 2. 1989 wird der Annahme des auf die Stadt Steyr fallenden Investitionsdarlehensanteiles eines dem RHV für die Errichtung des Bauabschnittes 06 gewährten Landesdarlehens in der Höhe von S 7,713.751,50 zugestimmt.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich danke Kollegen Pimsl für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich habe dem Gemeinderat einen Antrag vorzustellen, der sich mit der Subventionierung des Fremdenverkehrsverbandes befaßt. Die Jahressubvention 1989 möge ausbezahlt werden.Als Gesamtsubventionsbetrag wurden im Budget der Stadt Steyr 1,2 Millionen Schilling ursprünglich vorgesehen, die Auszahlung soll in drei gleichen Raten zu je S 400.000,- erfolgen, wobei die ersten zwei 400.000 in bar ausbezahlt werden sollen, die dritten 400.000 Schilling zur Verrechnung der Personalkosten für die Vertragsbedienstete Frau Göls herangezogen werden, wobei den überhängenden Anteil der Fremdenverkehrsverband so wie im vergangenen Jahr rückersetzen müßte. Ich bitte um die entsprechende Annahme.
Der Antrag lautet:

10) Ha-1282/89
Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1989.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. März 1989 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr für das Jahr 1989 eine Subvention von insgesamt S 1,200.000,- gewährt. Diese Subvention wird dergestalt zur Auszahlung gebracht, daß die erste Rate nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr und die zweite Rate zur Monatsmitte August zur Anweisung gebracht wird. Der Restbetrag von S 400.000,- dient zur Umbuchung der Personalkosten der VB Göls. Eine diesbezügliche Abrechnung ist analog den Vorjahren vorzunehmen.
Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von
S 1,100.000,-- (eine Million einhunderttausend)
bei der VA-St. 1/7710/757000.0 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 100.000,- (einhunderttausend)
bei derselben Voranschlagstelle bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Die Kreditüberschreitung wird begründet mit der außerordentlichen Unterstützung des Fremdenverkehrsverbandes für die Errichtung der Pöttmesser-Krippe. Die Beschlußfassung erfolgte im vorvergangenen Stadtsenat. Daher ergibt sich für die an sich budgetierten 1,200.000,- dennoch eine Kreditüberschreitung von S 100.000,-.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. ist jemand dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke für den Bericht. Nächster ist Kollege Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:
Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vortragen. Dieser soll für den bereits bewilligten Gsangsteg über die Steyr die Mittel freigeben, die im Jahre 1980 verbaut werden.Der Antrag lautet:

11) Bau4-1253/85
Neubau des Gsangsteges über die Steyr;
Mittelfreigabe.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit GR-Beschluß vom 13. 12. 1988 wurde der Auftrag zum Neubau des Gsangsteges (Variante 4) an die Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von S 5,376.615,58 inkl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 2. 1989 wird nunmehr zur Ausbezahlung der laufenden Teilrechnungen für das Jahr 1989 der Mittelfreigabe in der Höhe von

S 4,900.000,-- (vier Millionen neunhunderttausend)

bei der VSt 5/6120/002270.6 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte zum Gsangsteg bemerken, daß ich an und für sich sehr unglücklich bin, daß er in der Form, wie er schon im Stadtsenat beschlossen wurde und heute zu beschließen sein wird, errichtet wird als Betontrog. Es wurden uns im Präsidial-Planungsausschuß mehrere Varianten vorgelegt und ich habe mich an und für sich sehr vehement für eine Lösung ähnlich dem Museumssteg ausgesprochen mit Fachwerkkonstruktionen und Holzbohlen als Belag. Leider bin ich mit dieser Meinung nicht durchgedrungen, weil letzten Endes auch dann der Denkmalschutzbeauftragte mit seiner Meinung umgefallen ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Und das sogar gutgeheißen hat!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Ja, er hat das dann auch noch genehmigt und gutgeheißen.
Bezüglich der Größe bzw. Breite der Brücke möchte ich aber eindeutig festhalten, daß ich diese voll vertrete, weil ich glaube, daß es sinnvoll ist, in Notzeiten eine Ersatzbrücke zu haben. Allerdings ist und war es auch nie gedacht, daß man diese für den allgemeinen Verkehr freigeben sollte und hier eine Begrenzung, die einen öffentlichen Verkehr, Autoverkehr, verhindert, vorgesehen werden müßte. Soweit mein Beitrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Bitte Kollege Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Sitzung des Gemeinderates im vorigen Jahr hatte der Gemeinderat zu beschließen, eine bestimmte Brücke namens Gsangsteg, den Neubau dieser Brücke noch dazu wegen Dringlichkeit, nachdem sie nach 30 Jahren als Provisorium endgültig kaputt geht, an eine bestimmte Baufirma zu einer bestimmten Bausumme zu vergeben. Wenn man diese Entscheidung so sieht, war ich schon damals und bin auch noch heute der Meinung, man kann sich eigentlich dagegen nicht entschließen. Das Unangenehme dabei war, daß der Gemeinderat nie irgendwo darüber diskutiert hat oder einen Beschluß gefaßt hat, wie breit wird die Brücke, wie wird sie ausgeführt, wer soll da drüberfahren oder drübergehen dürfen und wer nicht. Dieses hat natürlich bei Anrainern und Leuten, die dort unten tätig sind oder die sich sehr viel dort unten aufhalten, gewissen Unmut nach sich gebracht. Dieser Unmut hat zu gewissen Aktionen geführt, hat die Verwunderung des Herrn Bürgermeisters herbeigeführt, die man immer noch im Amtsblatt nachlesen kann, hat aber zu meiner großen Freude zu einem gewissen Umdenken geführt. Ich hoffe daher, daß es einen Beschluß des Gemeinderates in der Form und ohne weitere vorhergehende Beschlüsse über ganz andere Dinge, die mit dieser Brücke in Zusammenhang stehen, in Zukunft nicht mehr geben wird. Ich würde mir also sehr wünschen, daß das, was der Herr Bürgermeister heute

vorgeschlagen hat, auch wirklich konsequent durchgeführt wird. Daß es diesen Gestaltungsbeirat geben wird, daß über solche Bauvorhaben gesprochen wird, daß die Leute eine Möglichkeit haben, sich eine Meinung zu bilden, bevor alle Leute, die damit amtlich befaßt sind, ihre Meinung schon festgelegt haben und von dem nicht mehr abweichen möchten und daß es dann eine gemeinsame Entscheidungsfindung geben kann, bei der dann hinterher der große Sturm ausbleiben wird. Das ist jetzt versprochen und wenn unser Bürgermeister etwas verspricht, heißt das normalerweise, daß das gehalten ist - ich kenne jedenfalls nichts Gegenteiliges. Darüber freue ich mich sehr. Ich kann heute leichten Herzens zustimmen, noch dazu wo jetzt auch im Vordergrund steht, daß das Freigeben der Straße für den normalen öffentlichen Verkehr nicht in Frage kommt und daß das so ausgeführt wird, daß das auch nicht leicht zu überschreiten ist durch eine einfache Gesetzesverletzung. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort?

STADTRAT ERICH SABLIK:
Ein Schlußwort erübrigt sich. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Ich darf den nächsten Antrag vortragen. Es handelt sich um einen Antrag des Stadtsenates.

12) ÖAG-705/89
Städt. Wi-Hof
Ankauf eines Lkws mit
3-Seiten,Kipper und Funkgerät.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Städt. Wirtschaftshofes vom 3. 2. 1989 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Lkws der Type Steyr 16 S 18/P 38/4 x 2 m mit 3-Seiten,Kipper und Funkgerät und Aufbau eines vorhandenen Ladekranes nachstehende Aufträge vergeben:

1) Steyr-Lkw Type 16 S 17/P 38/4 x 2:
Fa. Heinz Schmid, Steyr, zum Anbotspreis von S 884.570,40 inkl. MWSt.
2) 3-Seiten-Kipperaufbau aus Stahl:
Fa. Johann Obermayr, Steyr, zum Anbotspreis von S 139.356,-- inkl. MWSt.
Umbau des vorhandenen Ladekranes vom Lkw Steyr 991 auf den neuen Lkw:
Fa. Johann Obermayr, Steyr, zum Anbotspreis von S 24.048,-- inkl. MWSt.
3) Mobilfunkgerät EM 850-160:
Fa. Elin-Union AG, Linz, zum Anbotspreis von S 16.775,95 inkl. MWSt.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1,065.000,-- (eine Million fünfundsechzigtausend)
werden bei der VSt 5/82oo/040000.9 freigegeben.

Der Abgabe des auszuscheidenden Lkws der Type Steyr 690 mit 3-Seiten-Kipper und Ladekran, Baujahr 1973, Pol. Kennzeichen O-35.041, an die Fa. Johann Obermayr, Steyr, zum Preis von S 36.000,- wird zugestimmt. Die Einnahme hat bei VSt 2/8200/040000.6 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Mein dritter Antrag betrifft:

13) SH-266/89
Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1989.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1989 wird der Betrag von
S 780.000,-- (siebenhundertachtzigtausend)
aus den bei der VSt 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben. Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 7. 2. 1989 durchzuführen. Dem stadträtlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung erteilt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei geringfügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke für die Berichte. Kollege Schloßgangl ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Im Zusammenhang mit der Aufschließung der Schladergründe in Gleink ergeht folgender Antrag:

14) Bau3-3405/88
Bau6-3404/88
Aufschließung der Schladergründe in Gleink.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 26. 1. 1989 werden im Zusammenhang mit der Aufschließung der Schladergründe in Gleink nachstehende Aufträge vergeben:
1) Durchführung des Straßenbaues:
Fa. Krückl, Perg, zum Preis von S 375.724,- inkl. MWSt.
2) Durchführung des Kanalbaues:
Fa. Krückl, Perg, zum Preis von S 406.520,- inkl. MWSt.
3) Herstellung der Stromversorgung:
OKA zum Preis von S 163.212,- inkl. MWSt.
Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 540.000,-- (fünfhundertvierzigtausend)
bei der VSt 5/6120/002490.0 und ein Betrag von
S 350.000,-- (dreihundertfünfzigtausend)
bei der VSt 5/8110/050550.1 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu? Kollege Straßer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Dieser Antrag befaßt sich mit der Verlegung von Kanal und Wasserleitung für eine neu erschlossene Siedlung im Gebiet Gleink. Doch leider fehlt hier eine wichtige Sache, nämlich der Anschluß an die städtische Gasversorgung. Auch wenn derzeit keine Anschlußmöglichkeit für Gas in dieser Gegend besteht, wäre es doch überlegenswert, ob nicht doch Leerrohre für Gas mitverlegt werden könnten. Man könnte sich ein späteres, teures Aufgraben ersparen. Allerdings würde das voraussetzen, daß die Stadtwerke ein Gesamtkonzept für die Versorgung mit Erdgas erstellen. Ich möchte hier stellvertretend für den Stadtteil Gleink sprechen. Neben neuen Siedlungsgebieten gibt es bei uns auch sehr viele Häuser, die nach dem Krieg erbaut wurden, diese sind zum Großteil mit Öl-Zentralheizungen ausgestattet. Diese sind naturgemäß an der Grenze ihrer Haltbarkeit angelangt. Es steht also über kurz oder lang vielen eine Erneuerung des Ölbrenners ins Haus. Im Gespräch mit den Bewohnern hört man sehr oft, daß sie gerne mit Gas heizen würden, wenn solches vorhanden wäre. Es ist ja auch bekannt, daß Gas wesentlich billiger ist als Öl. Aber allein der Umweltschutzgedanke würde eine solche Umstellung sofort rechtfertigen. Die ÖVP-Fraktion fordert daher von den Stadtwerken raschest ein Gesamtkonzept über die zukünftige Gasversorgung unter Einbeziehung aller Stadtteile von Steyr, damit sich die Bewohner bei etwaigen Heizungserneuerungen oder auch bei Neubauten auf diese Situation einstellen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Steinmaßl bitte.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf zu den Ausführungen des Kollegen Straßer möchte ich folgendes festhalten. Ein Gesamtkonzept ist im Moment insoferne undurchführbar und nicht sinnvoll, denn zu einem Konzept, das eine Versorgung in allen Stadtteilen gewährleisten soll mit Gas, benötigt man Geld. Wenn ich das Geld nicht habe, kann ich die Rohre nicht kaufen und ich kann auch die Rohre nicht in schon vorhandene Aufgrabungen hineinbringen. Ich darf aber dazu vielleicht eines noch erwähnen, und zwar die Gründbergsiedlung z. B. mit dem Großabnehmer Landeskrankenhaus wird demnächst realisiert werden. Es wird dort selbstverständlich ein Stadtteilgespräch geben, damit die Bewohner dementsprechend informiert werden, was ein Gasanschluß kostet. Daß zur Zeit die Schladergründe mit Gas noch nicht beliefert werden können, ist damit zu begründen, daß es aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, die Leitungen - auch wenn sie leer verlegt werden - zu installieren. Mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen. Ich möchte aber doch darauf verweisen, daß die Stadtwerke immer bemüht sind, für die Versorgung mit Erdgas zu werben, und zwar auch in für die Stadtwerke lukrativen Gebieten, wie z. B. Münichholz, wo ja laufend die Leitungen verlängert werden.
Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich sehe schon ein, daß der zuständige Stadtrat hier in die Waagschale wirft, daß die finanziellen Mittel nicht vorhanden seien, um solche Projekte unmittelbar zu realisieren. Aber meine Auffassung ist die, daß sehr wohl diese Forderung nach einem Gesamtkonzept richtig ist, die der Kollege Straßer angeführt hat. Auch der Umweltschutz hat sich in seiner letzten Sitzung sehr eingehend beschäftigt mit der Erweiterung unseres Gasnetzes auch aus umweltpolitischen Maßnahmen gesehen. Auf der anderen Seite bekommen die verschiedenen Genossenschaften oder Eigenheimbesitzer doch eine bestimmte Ausrichtung für die Zukunft bei Umstellungsmaßnahmen, daß sie rechnen können,eventuell mit dem umweltfreundlichen Gas ihre Heizungen zu installieren. Das ist, glaube ich, eindeutig auch im Umweltbeirat und Umweltausschuß zum Ausdruck gekommen. Ich möchte diese Frage unterstützen und ersuchen, daß im Rahmen einer Informationssitzung - der Herr Bürgermeister hat das ja heute einleitend angeführt, daß sie mehr sein werden - gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadtwerke man dieses Problem diskutiert und man doch zu einem Gesamtkonzept kommt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Darf ich ganz kurz dazu sagen, daß es selbstverständlich im Interesse von uns allen und der Bewohner unserer Stadt ist, daß möglichst alle Steyrerinnen und Steyrer eine Anschlußmöglichkeit an unser Gasnetz bekommen. Es ist natürlich so, daß sicherlich die finanziellen Voraussetzungen dafür auch geschaffen werden müssen und entsprechende Rücklagen vorhanden sein müssen, um die Aufschließungen durchzuführen. Wir haben - ich habe schon darauf hingewiesen - diese Woche mit dem Gaswerk gerade über dieses Problem verhandelt. Es ist ja so, daß dieser Wunsch nicht das erste Mal herangetragen wird, sondern daß ja Bewohner insbesondere von Gleink, in dieser Richtung bereits mehrmals vorstellig geworden sind und daß wir natürlich bestrebt sind, unser Gasnetz ständig weiter auszubauen und auszudehnen. Unser Ziel muß sein die umfassende Versorgung der Bevölkerung mit Erdgas. Das ist unsere Vorstellung und auch die Vorstellung der Stadtwerke. Daß natürlich nicht alle Bereiche sofort mit einbezogen werden können, ist auch klar. Es gibt derzeit Verhandlungen mit dem Krankenhaus Steyr. Logischerweise wird in dem Bereich der Gründbergsiedlung sich das Problem als nächstes im besonderen stellen, es sind dort nicht unerhebliche Investitionen erforderlich. Grundsätzlich ist nichts einzuwenden dagegen, daß diese Wünsche entsprechend unterstützt werden. Wir alle haben Interesse, daß das passiert, weil es auch vom Umweltschutzgedanken her eine vernünftige Versorgung mit Energie ist. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich bin sehr froh, daß wir diese grundlegende Absicht in allen Fraktionen gemeinsam haben. Ich möchte Kollegen Stadtrat Steinmaßl nur ein Wort zum Nachdenken mit auf den Heimweg oder hinüber zu den Stadtwerken mitgeben. Du hast gesagt, Konzepte sind nicht sinnvoll, weil es ohnehin kein Geld gibt. Gerade wenn es wenig Geld gibt, ist es sehr sinnvoll, die Ausgaben zu planen. Gerade dann ist es sehr sinnvoll. Wenn man die Taschen voll hat, kann man leicht ausgeben, wenn man die Taschen leerer hat, muß man die Ausgaben maßvoll planen. Das betrifft aber nicht nur die Stadtwerke, das betrifft auch die privaten Haushalte in unserer Stadt, auch die hätten ganz gern einen Orientierungsmaßstab für ihre persönlichen Ausgaben. Ich glaube auch, daß es nicht nur im Interesse der Stadtwerke wäre, sondern auch im Interesse der Bürger und vor allem im Interesse der Bürger, wenn sie einen Zeithorizont vor Augen geführt bekämen, wann sie mit der für sie zusätzlichen Investition rechnen müssen, die für uns alle erwünscht ist - siehe Umweltgedanke.

Viele Leute wohnen in Häusern, die Hauptbautätigkeit in unserer Stadt hat in den 60iger-Jahren stattgefunden. Das kann niemand wegdiskutieren. Wohnen in Häusern, sei es Eigenheim oder sei es in größeren Häusern mit individueller Heizung oder mit Heizanlagen, die mittlerweile wie Kollege Straßer richtigerweise angeführt hat, veraltet und erneuerungsbedürftig sind. Gerade da wäre es durchaus angebracht, ein Konzept zu erarbeiten, um die Vergeudung von Volksvermögen in einer falschen oder vorzeitigen oder unrichtigen Investition zu vermeiden. Ich bitte Herrn Stadtrat Steinmaßl, das zu beherzigen und auch seinen leitenden Beamten auszurichten. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Kolleginnen und Kollegen, ich möchte im Namen der GAL Steyr diesen Vorstoß, den ich sehr begrüße, unterstützen. Auch ich würde mir wünschen, wie Kollege Treml, daß die Stadtwerke einmal die geplanten Vorhaben, die Möglichkeiten und die Wünsche und die dafür notwendigen Mittel uns im Rahmen einer Informationssitzung vortragen, damit wir mehr Information über das Ganze haben können. Auch ich meine, wie Vizebürgermeister Holub, daß der Vorwand, daß man kein Geld hat, kein Vorwand dafür sein soll, daß man keinen Plan hat. Es schadet nichts, zu planen und jederzeit Bescheid zu wissen, wenn es Geld geben könnte, oder wenn Wünsche kommen, daß man sagt, dieses oder jenes sind die finanziellen Mittel, die man braucht. Ich glaube, daß das der gescheitere Weg sind. Sonst beißt sich die Katze in den Schwanz. Der eine hat keinen Plan, der andere hat kein Geld und das geht immer so hin und her.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Abschließend möchte ich auch noch etwas dazusagen. ..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Entschuldigung, wir haben alle miteinander jährlich die Investitionen der Stadtwerke beim Finanzplan der Stadtwerke beschlossen und da wird sehr wohl über die geplanten Investitionen im kommenden Jahr diskutiert. Da besteht die Möglichkeit, also so ist das nicht, daß alles planlos geschieht.Wir sind schon alle sehr gut informiert, die Argumentation geht ein wenig daneben.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Längerfristig, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich bitte jetzt Kollegen Schloßgangl um sein Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Ein Gesamtkonzept für die Gasversorgung von Steyr ist sicher dringend notwendig. Ich glaube auch, daß es zum Großteil schon existiert, der größte Teil von Steyr ist ja bereits mit Gas versorgt und es ist klar, daß es nicht sehr viel kostet, Kollege Steinmaßl, zu planen,in die noch fehlenden Straßenzüge und Gebiete eine Gasleitung zu projektieren. Daß sie nicht durchgeführt werden kann sofort, ist auch klar. Zu Kollegen Straßer möchte ich sagen, daß man da keine Leerrohre hineinlegen kann, ist auch verständlich, denn wenn, dann kommt schon die fixe Gasleitung hinein und die kostet den vollen Betrag. Aber es ist

sinnvoll, man sollte die Anregung prüfen. Wenn schon dort aufgegraben werden muß und Kanal und Wasser verlegt wird, ob man nicht in diesem Teil die Gasversorgung vorantreiben und woanders etwas zurückstellen sollte.
Bezüglich des Gases abschließend noch, es ist sicher sinnvoll, dieses zu forcieren. Es fallen beim Gas gegenüber dem Öl, speziell dem Leicht- und Mittelöl, keine Schwefeldioxide an, es vermindern sich sehr stark die Stickoxyde und es gibt vor allem keinen Staub und keinen Ruß dabei. Das alleine ist schon vom Umweltschutzgedanken sehr zu begrüßen und daher auch entsprechend zu verfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Der nächste Antrag behandelt die Kanalisation Fischhub - Plenklberg, die Mittelfreigabe für den 2. Bauabschnitt

15) Bau6-552/88
Kanalisation Fischhub - Planklberg; 2. Bauabschnitt - Mittelfreigabe;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 4. 1988.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 14. 4. 1988 wurden die Arbeiten zur Errichtung der Kanalisation Fischhub- Plenklberg, NS 1 - 10 und NS 16, an die ARGE Negrelli - Beer & Janischofsky
Teil A - Kanalbau zum Preise von S 13,786.787,60 exkl. MWSt.,
Teil B - Straßenbau S 2, 453.040,- inkl. MWSt.
Teil C - Beleuchtung zum Preise von S 248.140,- inkl. MWSt.
vergeben.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 26. 1. 1989 werden nunmehr zur weiteren Abwicklung des Bauvorhabens die im Voranschlag 1989 vorgesehenen Mittel in Höhe von
S 8,000.000,-- (acht Millionen)
für den Kanalbau bei VSt 5/8110/050380.3 und in Höhe von
S 1,300.000,-- (eine Million dreihunderttausend)
für den Straßenbau und die Beleuchtung bei der VSt 5/6120/002760.6 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Schlüsselhofsiedlung, restliche Kanäle in Steyr-Ort, 2. Bauabschnitt.Es sollen die entsprechenden Mittel freigegeben werden. Der Antrag lautet:

16) Bau6-6481/87
Kanalisation Schlüsselhofsiedlung, restliche Kanäle
in Steyr-Ort; 2. Bauabschnitt - Mittelfreigabe.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 19. 6. 1988 wurden die im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofsiedlung erforderlichen Aufträge an die Fa. Lumetsberger KG, Perg, vergeben. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 16. 2. 1989 wird nunmehr der Freigabe der für den 2. Bauabschnitt für das Rechnungsjahr erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von S 7,100.000,- zugestimmt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 6,100.000,-- (sechs Millionen einhunderttausend)
werden bei der VSt 5/8110/050390.2 und von
S 1,000.000,- (eine Million)
bei der VSt 5/6120/002660.8 freigegeben.
Wegen dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen sehe ich keine. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Werte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen!
Ich darf Ihnen 7 Anträge vortragen und möchte ich Sie schon jetzt ersuchen, diese zu genehmigen.
Der erste Antrag lautet:

17) ÖAG-7062/88
Verkauf des Grundstückes 1576/1, KG Föhrenschacherl an die Fa. Josef Müller, Gebäudereinigung und Service (nunmehr Fa. Gottfried Huemer).
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Verkauf des Grundstückes 1576/1, KG Föhrenschacherl im Ausmaß von 3.188 m2 an die Fa. Gottfried Huemer, Gebäudereinigung und Service Personal-Leasing GesmbH, 4400 Steyr, Johannesgasse 2, zum Kaufpreis von S 320,- je m2 zugestimmt. Ein anteiliger Straßengrund im Ausmaß von 220 m2 ist zum selben Kaufpreis mitzuerwerben. Der Gesamtkaufpreis kann in fünf gleichen Jahresraten entrichtet werden, wobei die erste Kaufpreisrate bei Vertragsunterfertigung zu entrichten ist und die übrigen Teilbeträge jeweils ein Jahr danach zur Vorschreibung gelangen. Auf eine Verzinsung des aushaftenden Kaufpreisrestes wird verzichtet, jedoch wird Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 vereinbart. Die Käuferin hat binnen drei Jahren auf der Kaufliegenschaft ihren Gewerbebetrieb zu etablieren. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das Vor- und Wiederkaufsrecht an der Kaufliegenschaft vor. Weiters wird der Firma Huemer Gewerbeförderung in der Form gewährt, daß die Stadt auf die Einhebung der Anliegerbeiträge zur Straßen- und Gehsteigherstellung verzichtet und die Kanalanschlußgebühr mit dem Satz für Kanalaltbaugebiet berechnet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Mein zweiter Antrag lautet:

18) ÖAG-5567/88
Verkauf des Grundstückes 1700/1, KG,
Steyr, an die Fa. Haas GesmbH, Steyr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Verkauf des Grundstückes 1700/1, KG Steyr, an die Fa. Haas GesmbH, Steyr, Sierninger Straße 110, zum Preis von S 400,- je m2 zugestimmt. Der anteilige Straßengrund von 250 m2 ist zum selben Kaufpreis mitzuerwerben. Der Gesamtkaufpreis von S 1,722.800,- ist in drei gleichen Jahresraten, beginnend ab Vertragsabschluß, zu entrichten.
Der Verkauf erfolgt zum Zwecke der Errichtung eines Betriebsgebäudes zur Ausübung eines Installationsbetriebes binnen drei Jahren. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das Vor- und Wiederkaufsrecht an der Liegenschaft vor. Sämtliche Kosten der Vertragserrichtung und Vergebührung sowie alle übrigen im Zusammenhang damit stehenden Abgaben und Gebühren hat die Käuferin zu tragen. Der Fa. Haas wird Gewerbeförderung in der Form gewährt, daß auf eine Einhebung der Anliegerbeiträge vezichtet wird und die Kanalanschlußgebühr mit dem Satz für Kanalaltbaugebiet berechnet wird.
Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ :
Danke. Wortmeldungen dazu? Keine. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Beim nächsten Antrag geht es um den Verkauf der Liegenschaft Schiffmeistergasse 8. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

19) ÖAG-5308/88
Verkauf der Liegenschaft Steyr, Schiffmeistergasse 8, an Herrn Alfred Ametz, Steyr.

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Abverkauf der Liegenschaft Steyr, Schiffmeistergasse 8, Baufläche 1189 und von Teilen der Parzelle 162/1, beide EZ 338, KG Steyr, im Gesamtausmaß von 374 m2 zum Preis von S 450.000,- an Herrn Alfred Ametz, Baumeister in Steyr, Haratzmüllerstraße 67 b, zugestimmt. Der gesamte Kaufpreis ist bei Vertragserrichtung zu bezahlen. Der Käufer hat die Verpflichtung zu übernehmen, mit der ordnungsgemäßen Sanierung des Gebäudes binnen zwei Jahren zu beginnen und diese in einem weiteren Jahr abzuschließen. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das Vor- und Wiederkaufsrecht an der Liegenschaft vor. Weiters hat der Käufer die bestehenden Mietrechte zu übernehmen und eine allfällige Übersiedlung der Mieter, sei es auch nur vorübergehend zu Sanierungszwecken, selbst zu bewerkstelligen. Die Kosten der Vermessung und Durchführung des Kaufvertrages gehen zu Lasten des Käufers.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Auch hier sehe ich keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? So beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der nächste Antrag lautet:

20) Bau5-6990/87
Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes 939/7, KG Steyr, an Herrn Dr. Josef Lechner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Verkauf einer rund 130 m2 großen Teilfläche des Grundstückes 939/7, KG Steyr, öffentliches Gut, an Herrn

Dr. Josef Lechner, Rechtsanwalt in Steyr, Laichbergweg 4 b, zum Kaufpreis von S 450,-/m2 zugestimmt. Die Kosten der Vermessung und der Durchführung des Rechtsgeschäftes gehen zu Lasten des Käufers.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Eine Gegenstimme? Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Mein nächster Antrag hat folgenden Wortlaut:

21) Bau2-1208/84
Übernahme des Grundstückes 831/10,
KG Sarning, in das öffentliche Gut.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird der Übernahme des Grundstückes 831/10, KG Sarning, von der EZ 202 dieses Grundbuches in das öffentliche Gut als Ortschaftsweg zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu? Keine. Ist jemand dagegen? Gibt es enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der nächste Antrag betrifft:

22) Bau2-2772/82
Veränderungen im Bestand des öffentlichen
Gutes der Kat. Gem. Sarning (Siedlungsgebiet Pyrach).
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Den Veränderungen im Bestand des öffentlichen Gutes der Stadt Steyr EZ 230 KG Sarning im Bereiche des Siedlungsgebietes der neuen Heimat (Pyrach) nach Maßgabe des Geometerplanes des Dipl. Ing. Mayrhofer vom 31. Jänner 1989, GZ. 7091/89 (Ausscheidung nicht mehr benötigter Straßen- und Wegflächen und Rückübertragung in Privatbesitz) wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? So beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der letzte Antrag lautet:

23) ÖAG-4119/83
Bau5-7060/87
Feuerwehrdepot Schiffmeistergasse; Adaptierung
des Dachgeschoßes; Gewährung einer Subvention.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 2. 1989 wird der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr zur Adaptierung des Dachgeschoßes beim Feuerwehrdepot Schiffmeistergasse eine Subvention in der Höhe von S 200.000,- gewährt. Die Ausbezahlung der Subvention hat nach erfolgter Rechnungslegung zu erfolgen.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 200.000,-- (zweihunderttausend)
werden bei der VSt 5/1630/774000.6 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke Kollegen Zöchling für seine Berichte. Wir sind damit am Ende der Tagesordnungspunkte angelangt und kommen zur Aktuellen Stunde.

Beginn der Aktuellen Stunde: 15.50 Uhr

Ich frage, ob die sozialistische Fraktion eine Wortmeldung wünscht? Kein Beitrag. ÖVP? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich möchte heute in der Aktuellen Stunde noch einmal das Problem Stadtplatz ansprechen. Die derzeitige Verkehrsregelung auf dem Stadtplatz ist für alle Betroffenen, ob Kunden, Geschäftsleute oder Besucher, sehr unbefriedigend. Obwohl seit Monaten in diversen Gremien in persönlichen Gesprächen mit dem Verkehrsreferenten eine Änderung des derzeitigen Zustandes besprochen bzw. gefordert wurde, ist bis heute nichts unternommen worden. Es war sicher nicht im Sinne der Bürger, ob Geschäftsleute, Kunden oder fremde Besucher unserer Stadt, die Hälfte der Stellmöglichkeiten am Stadtplatz mit Halteverbot, ausgenommen Ladetätigkeit, zu belegen, vor allem nicht während der Zeit ab 18 Uhr bis 6 Uhr früh, an Samstag Nachmittagen und an Sonn- und Feiertagen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist wegen der rigorosen Strafen durch die Polizei sehr verärgert, daher muß hier eine Veränderung getroffen werden. Es gibt derzeit vier Ladezonen mit Halteverboten oder Halteverbote mit Ladezonen im Bereich Hartlauer bis dem DM-Markt, dem ehemaligen Treber-Haus, vom Meditz-Haus bis zur Oberen Kaigasse, von der Mitte Sparkasse bis zum Ennstaler und ca. 15 Meter auf dem Grünmarkt, die sicherlich dort wünschenswert und notwendig sind. Meiner Meinung nach und über Wunsch vieler Betroffener sollten die Halteverbote in Parkverbote abgeändert werden und diese zeitlich begrenzt werden, Montag bis Freitag 6 - 18 Uhr, Samstag von 6 - 12 Uhr. So daß in den Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden und Feiertagen dort geparkt werden kann. Ich weiß, daß gerade in den letzten Wochen von einigen sozialistischen Funktionären ein autofreier Stadtplatz gefordert wird, damit sich der alte Stadtplatz unserer schönen Stadt Steyr dem Besucher in voller Pracht darbietet. Allerdings wäre diese Pracht noch immer stark beeinträchtigt durch die parkenden städtischen Busse vor dem Bummerlhaus und der künstlerische Anblick und das künstlerische Foto wären stark beeinträchtigt.
Ein autofreier Stadtplatz ist in den diversen Vorgesprächen nie diskutiert worden und widerspricht, so lange nicht geeignete Maßnahmen für zentrumsnahe Ersatzparkplätze geschaffen werden, den zugesagten Wünschen der Betroffenen, vor allem der Geschäftswelt der Innenstadt. Es wäre längst an der Zeit, ein Konzept für die Gestaltung, für die weitere Gestaltung des Stadtplatzes der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ich weiß, daß von verschiedenen Interessenten Wünsche bezüglich Schanigärten vorliegen. Diese sollte man auch genehmigen. Weiters sollen die endgültige Situierung des Marktes, speziell des Wochenmarktes und des Samstag-Marktes, die Gestaltung des Platzes beim Leopoldi-Brunnen vorangetrieben werden und die Möglichkeit der Wiedererrichtung des Marien-Brunnens in der Nähe der Pfarrgasse vor der Raika - die Marienstatue steht ja bekanntlich noch neben der Stadtpfarrkirche im Grünstreifen vor dem Eingangstor . Gerade für die Errichtung dieses Marienbrunnens, der einen zweiten, kleinen und ruhigen Zentralpunkt am Stadtplatz für die Fußgänger schaffen würde, möchte ich an die Geldinstitute

und an die Geschäftsleute appellieren, die erforderlichen Mittel, die der Stadt zur Zeit fehlen, hiefür aufzubringen. Diese Projekte sollten vorangetrieben werden.
Ich möchte auch nicht verhehlen, daß es notwendig sein wird, für die Hotelerie am Stadtplatz wenigstens zwei Dauerparkplätze zu schaffen. In jeder modernen fremdenverkehrsgerechten Stadt gibt es diese. Ich weiß nicht, warum man sich in Steyr so dagegen sträubt.
Besonders dringend möchte ich ein Konzept für zentrumsnahe Parkplätze urgieren. Seit Jahren wird im Bauamt geplant, ob Parkdeck beim Schiffmeisterhaus, alter Stadtgraben, neuerdings Parkdeck durch die ÖBB am Frachtenbahnhof. Damit verbunden sind aber auch Überlegungen einer sinn- und stilvollen Errichtung eines Fußgängersteges vom entstehenden Parkplatz zum Stadtplatz, wobei wir wegen der Problematik, die ein solcher Steg aus architektonischen und städtebaulichen Betrachtungen mit sich bringt, einen Architektenwettbewerb von Fachleuten verlangen würden.
Abschließend noch eine Bemerkung zum Gestaltungsbeirat, den der Herr Bürgermeister in seinen Berichten angezogen hat. Wir sind grundsätzlich auch für einen Gestaltungsbeirat, doch glaube ich, sollte dieser in erster Linie aus anerkannten Fachleuten, Architekten, Städtebauern aus ganz Österreich bestehen und die einzelnen betroffenen Gruppen meinetwegen in Form eines Vertreters ein Di skussions- und Mitspracherecht haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der SPÖ Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stadtrat Schloßgangl hat versucht, Verkehrsprobleme mit Planungsproblemen und anderen Problemen in einem vorzutragen und nach seiner Meinung, wie ich es verstehe, mit Lösungsvorschlägen zu versehen. Es ist unbestritten, daß die Situation am Stadtplatz nach wie vor unbefriedigend ist, es hat aber auch niemand etwas anderes behauptet. Ich meine aber, daß die Lösungsvorschläge im Verkehrsausschuß und im Verkehrsbeirat schon vorher mit dem betroffenen angrenzenden Bereich und mit der am Stadtplatz wohnenden Bevölkerung wirklich ausführlich diskutiert wurden. Darüberhinaus in sehr vielen Ankündigungen und Informationen die Lösung des Stadtplatzes in den Raum gestellt wurde, soweit er nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen und der vorhandenen Straßen oder Parkflächen möglich ist. Ein Konzept zu verlangen für Parkgaragen wird so lange nicht zielführend sein, wenn wir alle 14 Tage andere Überlegungen hier diskutieren und auch immer wieder solche vorgebracht werden. Ich verweise nur darauf, daß gerade vor kurzem bei Herrn Bürgermeister eine private Gruppe war von Stadtplatzanrainern oder sehr stark am Stadtplatz verpflichteten Personen, die am Stadtplatz ihr Geschäft haben,und die haben neuerlich eine Tiefgarage unter dem Stadtplatz als Alternativlösung oder als einzig mögliche Lösung hingestellt, die so weit geht, daß man bereits beim Grünmarkt beginnt diesen Bereich zu untertunneln und damit zusätzliche Parkflächen für 225 bis 250 Pkw zu bekommen. Kolleginnen und Kollegen, wir werden nie eine Lösung für den Stadtplatz erreichen, wenn wir uns mit Überlegungen dieser Art beschäftigen, noch dazu bitte - erinnern wir uns, es ist erst wenige Monate her - wo eine neue Zu- oder Abfahrt für den Stadtplatz zur Überlegung stand und diese von den Betroffenen mehrheitlich abgelehnt wurde. Wie wollen wir denn den Verkehr am Stadtplatz, der dann verdoppelt wird und durch die ständige Fluktuation eines bewirtschafteten Parkraumes noch zusätzlich stärker wird, damit lösen, indem wir den Hundsgraben restlos verstopfen oder die Ausfahrt hinaus zur Brücke ebenfalls nicht mehr bewerkstelligen können. Das ist das eine.

Das andere, der Marienbrunnen. Lieber Kollege Schloßgangl, Du sprichst für viele der Anwesenden in Rätseln, weil diese Planungsüberlegung von Dipl. Ing. Schmidt im Planungsbeirat vorgebracht wurde. Für die wenigen, die dort vertreten sind, sicherlich eine Neuerung und eine mögliche Belebung des Stadtplatzes, zumindest was die bauliche Belebung anbelangt,durchaus gerechtfertigt sein mag. Aber natürlich auch wieder eine andere Lösung darstellt, als wir sie bisher diskutiert haben. Daher kann ich auf der anderen Seite nur Kollegen Pragerstorfer recht geben der sagt, wenn wir solche Überelgungen haben, dann diskutieren wir sie halt vorher und ich nehme ich an, er fragt sich jetzt, ob er schon jemals etwas gehört hat von dieser Marienstatue. Er schüttelt den Kopf und ich meine, er hat es sicher noch nie gehört. In der Zeitung steht ja viel, was nicht stimmt. Das ist durchaus möglich.
Das andere betrifft die Hotellerie. Hier geht es um eine Einzelperson, um den Herrn Mader. Der war heute früh bei mir und hat von einem Dauerparkplatz nichts gesagt. Ich weiß ja bald nicht mehr, wer was will. Der Herr Mader hat nicht ganz zu unrecht gesagt, das bestätige ich gerne, die Einführung der Ladezone hat für ihn keine Möglichkeit gebracht, daß die Hotelgäste dort be- und entladen können. Er hat allerdings gefordert,wie Du auch - das kommt wahrscheinlich von dieser Seite - daß das Halte- bzw. Parkverbot in den Ladezonen zumindest nächtlicherseits aufgehoben wird. Das ist sicher eine Möglichkeit, eine Entspannung des Parkproblems in der Nacht zumindest für Hotelgäste oder solche, die aus anderen Gründen am Stadtplatz oder in der Nähe des Stadtplatzes zu tun haben, zu erreichen. Ich verweise aber darauf, daß nach Untersuchungen des Amtes in der Regel etwa 60 Parkplätze laufend am Ennskai frei sind durch die laufende Fluktuation. Daß es nur wenige Stunden während der Wochenarbeitszeit von Montag bis Samstag gibt, wo der Ennskai vollkommen verparkt ist, so daß es bei einiger positiver Einstellung möglich ist, Parkplätze im Zentrum zu finden. Ich halte auch den Ennskai als zum Zentrum gehörend. Es ist ja nicht nur der Stadtplatz. Zum anderen, es hat niemand etwas gesagt zum autofreien Stadtplatz. Es gibt Überlegungen aber nicht nur von sozialistischen Organisationen. Ich verweise nur wieder darauf, wo Du selbst anwesend warst, auf das Stadtteilgespräch am Tabor, wo der autofreie Stadtplatz von einem Diskutanten gefordert wurde, der gesagt hat,die Autos gehören überhaupt weg. Es ist nicht so, daß die Bevölkerung mehrheitlich gegen eine Verdünnung des Verkehrs am Stadtplatz oder überhaupt gegen eine Auflassung bestimmter Parkmöglichkeiten am Stadtplatz eingestellt ist. Man muß jetzt zugegebenerweise Interessen der direkt hier in diesem Bereich Wohnenden und jener, die aus dem Stadtplatz etwas mehr sehen als es manche derzeit tun, sich wünschen. Das ist sicherlich notwendig. Es wurden zum ersten entsprechende Schreiben und Vorschläge bezüglich einer Veränderung der bestehenden Ordnung am Stadtplatz eingebracht, das ist richtig. Der nächste Verkehrsausschuß findet am 29. März statt und es sind die Anträge dort selbstverständlich zur Behandlung anstehend. Es war von meiner Sicht aus nicht zielführend, wenn wir kurzfristig gewisse Anfangsschwierigkeiten dadurch überbewerten oder zu keiner Lösung kommen, indem man eine kaum in Kraft gesetzte Verordnung schon wieder mittels Bürgermeisterverfügung aus der Welt schafft. Ich glaube eher, Kolleginnen und Kollegen, daß wir trotz bestehender Auffassungsunterschiede, die es geben kann und auch gibt, zu einer Lösung des innerstädtischen Verkehrs kommen sollten.Es wird keiner von uns eine Parkmöglichkeit eine zusätzliche innerhalb kürzester Zeit herbeischaffen können, denn die Überlegung geht von park and ride-System der Bundesbahn bis zur Schaffung eines Parkdecks beim Schiffmeisterhaus und geht letztlich nich immer, wie es aussieht, von privaten Überlegungen bis zur Errichtung einer Tiefgarage am oder rund um den Stadtplatz.
Ich muß nur von meiner Sicht aus sagen, da spreche ich auch für die soziali-

stische Partei, es gibt nach wie vor die Aussage des Bürgermeisters, der aus seiner Verantwortung - die haben wir alle - keinen Hehl gemacht hat, daß bei einer Untertunnelung des Stadtplatzes, in welcher Bauweise immer, keiner die Verantwortung dafür übernehmen kann, wenn auch technisch alles möglich erscheint, was mit unserem Althausbestand am Stadtplatz und Umgebung geschehen könnte. Ob es die Verkehrslösung ist, Kolleginnen und Kollegen, am oder unter dem Stadtplatz zusätzlichen Parkraum zu schaffen, ohne gleichzeitig eine Zu- oder Abfahrt zu bekommen, muß ich zumindest von meiner Sicht sagen, scheint mir sehr kurzfristig überlegt zu sein. Ich bin insoferne ein wenig verwundert, weil dieselben Betreiber, die jetzt diese Tiefgarage fordern, mit der gleichen Vehemenz verlangt haben, daß eine Ab- oder Zufahrt am Stadtplatz zusätzlich geschaffen wird. Hier kann man ja zum Teil nur Widersprüche von den Betreibern heraushören . Da bitte ich auch, daß sich der Gemeinderat bei seinen Überlegungen genau ansieht, was für die Stadt und für die Mehrheit der Bevölkerung richtig erscheint und welche Kosten für uns daraus entstehen. Denn man kann alles fordern, Kolleginnen und Kollegen, aber die Forderung, zu sagen, wir bauen die Tiefgarage, die Oberflächengestaltung macht die Stadt, gleichzeitig hat die Stadt am Ennskai die Parkplätze zu vergebühren und die Einnahmen müssen für die Betreibung dieser Tiefgarage verwendet werden, leichter kann ich es mir nicht machen. Ich baue sofort ein paar Garagen, wenn Ihr sie mir bezahlt und ich die Einnahmen daraus auch noch für meine Zwecke verwenden kann. Ich glaube, wir sollten eher versuchen, mit einem kleineren Verkehrsmittel, wie es der City-Bus ist, den Individualverkehr wegzubringen und sollten gleichzeitig mit Vehemenz, wie es derzeit geschieht, eine zusätzliche Parkmöglichkeit schaffen, die allerdings nur bewirtschaftet sein kann, weil eine andere Möglichkeit bietet sich zumindest gegenwärtig nicht an.
Zum Wochenmarkt. Auch hier glaube ich, daß wir gemeinsam sehr wohl gemeint haben, daß der Wochenmarkt, soweit es sich um einen Grünmarkt in etwas landläufigem Begriff handelt, am Stadtplatz situiert bleiben soll, daß er so situiert werden muß, daß er nicht den Verkehr behindert und andererseits nicht durch den Verkehr gefährdet wird. Daß wir gegenwärtig kaum eine Möglichkeit haben, den öffentlichen Verkehr mittels Autobussen vom Stadtplatz wegzubringen. Uns wäre es gemeinsam lieber - Du hast ja diese Forderung vor kurzem in einem Artikel einer Tageszeitung erhoben - und wir hätten durchaus dagegen nichts einzuwenden, nur gegenwärtig scheint mir diese Frage nicht lösbar zu sein. Es wäre sicher wünschenswert. Ich bin gar nicht im Widerspruch, daß man die Autobusse wegbringt, eine Zierde sind sie nicht.
Ich möchte noch einmal vor einem warnen. Der Leopoldibrunnen,wenn ich einfügen darf, muß sowieso freigemacht werden, weil er ja zukünftig zum Verweilen einladen soll und nicht verparkt werden sollte. Dazu gehören auch, daß die Tröge dort entfernt werden. Da sind wir uns absolut einig, das wird in nächster bei Fortführung der Bauarbeiten geschehen.
Eines würde ich mir nicht wünschen, Kolleginnen und Kollegen, daß wir jetzt zwei Schritte zurückmachen und für Samstag/Sonntag das Parken am Stadtplatz generell erlauben. Wenn sie selbst mehrmals - ich bin überzeugt, Sie tun es, sich am Wochenende, von etwa Samstag mittag bis Sonntag abends am oder in der Nähe des Stadtplatzes aufhalten, werden Sie feststellen, daß der gesamte Ennskai fast frei ist für Parkmöglichkeiten und es mir durchaus zumutbar erscheint, zwar das Halten am Stadtplatz zu erlauben, aber nicht das Parken wieder einzuführen, Kolleginnen und Kollegen. Da machen wir genau das, daß dann eher mehr Beschwerden kommen über die Strafen, die der Einzelne zu zahlen hat, weil ja die Exekutive dann natürlich auch diese überwachen muß - oder sollte es zukünftig die Gemeinde sein, wird es auch notwendig sein, aber darüber will ich gar nicht diskutieren- dann werden genau dieselben Ausreden gebraucht, ja

ich habe das nicht gewußt. Samstag und Sonntag ist zwar das Parken erlaubt, während der Woche ist es wieder verboten usw. Letztlich ist es äußerst schwierig und das ist ein Teil der Wirtschaft, Kollege Schloßgangl, den Wochenmarkt bei verparkten Plätzen aufstellen zu können. Die Marktfieranten kommen wochentags etwa zwischen 7 und 1/2 8 Uhr und sie können die Plätze, die sie eigentlich einnehmen sollen, nicht in Anspruch nehmen, weil die Autos das unmöglich machen. Das sind doch die Probleme, die uns gemeinsam auf den Kopf fallen. Ich möchte meinen, daß wir durchaus zu einer liberaleren Lösung kommen für das nächtliche Parken und Halten. Aber auch bei den Ladezonen darf ich sagen, das habe ich heute am Vormittag bestätigt gefunden, es ist nicht so, wie es manches Mal eingewandt wird, daß die Ladezonen nicht gebraucht werden. Ich habe vom Hartlauer bis zum Meinl mehr als genügend Fahrzeuge gesehen, die ausschließlich Ladetätigkeit vorgenommen haben. Wenn wir dort wieder auch tagsüber das Halten erlauben, dann werden dieselben Personen, die das heute vehement fordern, das Gegenteil verlangen und sagen, Ihr müßt uns doch be- und entladen lassen, ansonsten können wir unsere Aufgabe nicht erfüllen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich möchte zu diesem Problem, weil ich damit ständig befaßt werde, einiges sagen. Meine Damen und Herren, wir haben in langen Diskussionen mit der Bevölkerung in etwa die Regelung der Gestaltung des Stadtplatzes gemeinsam erarbeitet. Es ist kaum über ein Problem so viel diskutiert worden. Wir haben uns zu dieser Meinung der Gestaltung durchgerungen und es soll jetzt zu dieser Verkehrslösung kommen. Am Dienstag nach Ostern wird sich der Verkehrsausschuß ausführlich mit den Vorschlägen befassen. Erst der Verkehrsbeirat, dann der Verkehrsausschuß. Es ist selbstverständlich, daß die Vorstellungen der Betroffenen in die Entscheidungsfindung einfließen werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber ich möchte doch auch auf einige Punkte hinweisen, die jetzt wieder aufgetreten sind. Sehr positiv, das wird mir in persönlichen Gesprächen immer wieder bestätigt, hat sich die Umwandlung der Parkplätze am Kai in Kurzparkplätze herausgestellt. Es ist so, daß nahezu immer Pakrplätze am Kai frei sind, wenn man ausgesprochene Stoßzeiten ausnimmt, Donnerstag oder Samstag vormittag. Da kann es sein, daß es wirklich Schwierigkeiten gibt. Das sind aber die zwei Ausnahmen. Im wesentlichen gibt es immer freie Plätze. Besonders an Samstagen und Sonntagen ist es doch möglich, daß jeder, der die Stadt besucht, am Kai eine Parkmöglichkeit hat und am Abend ebenfalls und auch in der Nacht sind immer Plätze frei. Man muß natürlich die entsprechenden Hinweise machen. Es gibt viele Beispiele, in Salzburg, in Wien von Fußgeherzonen beispielsweise, wo Hotels sind. Ich weiß keine Fußgeherzone, wo das Hotel zwei Dauerparkplätze hat, sondern eine Entladung ist möglich, der kann dorthin fahren und muß halt dann, oft gar nicht so nahe, 10 Minuten zu Fuß gehen. Bei uns sind es etwa 40 Meter bis zur äußersten Entfernung, die er zu Fuß zurückzulegen hat vom Parkplatz am Kai bis zum Stadtplatz. Ich glaube, daß es vernünftig ist, wenn man im Verkehrsbeirat das so berät.
Zur Tiefgarage möchte ich eines sagen. Aus den bisherigen Informationen, die mir vorliegen, ist es technisch nach wie vor äußerst bedenklich. Es ist geplant, daß das in Bohrpfählen errichtet werden soll und eine Bauzeit von 1 1/2 Jahren in Anspruch nehmen würde. Die Ausgrabungen würden bis nahezu an die Hauswände heranreichen in etwa 3,5, 4 oder 5 Meter Tiefe. Wir haben eine Erfahrung gemacht, als wir die Unterdükerung gemacht haben bei der Steyr. Da habe ich täglich Anrufe bekommen , dort ist ja auch mit Bohrpfählen dieses Pumpwerk errichtet worden, die sich über diese Belästigungen und über die Beschädigungen in den dortigen Häusern beschwert haben. Das ist ein großes Problem. Meine Damen und Herren, ich glaube halt, daß unsere Bausubstanz zu wertvoll ist, daß wir auch nur das geringste Risiko eingehen dürfen. Wenn nicht 100 %ig garantiert

wird, daß da nichts passiert mit allen Haftungsübernahmen, kommt das für mich nicht in Frage. Das sage ich noch einmal. Diese Garantie werde ich, so glaube ich, wahrscheinlich nicht bekommen. Ich bin aber bereit, über alle Dinge zu reden. Zur Bauzeit. Wir haben im Herbst über die Arbeiten am Stadtplatz, in der Enge und am Pfarrberg, die notwendig sind zur Oberflächengestaltung, auch breite Diskussionen mit der betroffenen Geschäftswelt gehabt. Wir haben uns im Herbst geeinigt auf den zeitlichen Ablauf und haben gesagt, aufgrund der Einwände, die gekommen sind, wir beenden die Arbeiten im Frühjahr, damit das Weihnachtsgeschäft nicht so sehr beeinträchtigt ist. Jetzt ist die Osterzeit vorbei, das Ostergeschäft, und wir sollten die Arbeiten in der Enge, und zwar die Belagsarbeiten, es handelt sich ja um keine Grabungsarbeiten, beginnen. Ich habe diese Woche eine Vorsprache von Geschäftsleuten gehabt, die fordern und wünschen, daß die Arbeiten ausgesetzt werden, weil Geschäftseinbußen zu erwarten sind, weil das Frühjahrsgeschäft beginnt. Wir haben einen Bauzeitplan ausgearbeitet und ich habe vor, am Montag mit Vertretern der Geschäftsleute noch einmal darüber zu reden. Es war kein Widerspruch und ich finde, es sollten auch jene dazu stehen, die vorher dagegen waren oder dafür waren, daß wir das vor Weihnachten nicht machen. Wir haben einen Plan ausgearbeitet, und zwar das Bauamt, damit kein Geschäft länger als 14 Tage behindert wird. Es wird dort lediglich die Oberfläche weggerissen und neu gestaltet und dann kommt das nächste Feld daran. So schaut die Situation aus. Wenn bei 14 Tagen schon ein Einwand kommt, was passiert denn dann bei 1 1/2 Jahren, wenn ich da eine Tiefgarage mache? Das schaue ich mir an, was da für ein Zirkus ist, wie die Geschäfte da zugrunde gehen. Es sind an sich die Geschäftsleute, die kommen. Da ist ein gewisser Widerspruch. Hier wird, weil eine Oberfläche gestaltet wird und das 14 Tage lange dauert, gesagt, das könnt Ihr nicht machen. Ja irgendwann müssen wir es ja machen, im Sommer nicht, da kommen die Fremden, im Herbst kommt die Weihnachtszeit schon wieder und es ist Schulbeginn usw. Es ist ungemein schwierig, da sich die Meinung der Einschreiter ständig ändert. Wenn man sagt, so stellen wir uns das vor und so haben wir es festgelegt, soll man auch dazu stehen. Ich sehe ein, daß es dort und da Probleme mit sich bringt, das mag schon sein. Aber so einfach ist die ganze Geschichte nicht. Ich glaube, daß letztlich eine so lange Bauzeit wei beim Bau einer Tiefgarage sehr problematisch ist, da müßte man zeitweise den Verkehr umdrehen, denn wenn der Grünmarkt aufgegraben wird und Bohrungen gemacht werden, die ein halbes Jahr dauern, müßte die Zufahrt über die Enge geführt werden. Da gibt es ja sofort wieder Widerstände. Ich glaube, daß die Lösung dieses Problems sehr schwierig ist. Ich neige dazu, daß wir uns das sehr genau anschauen am rechten Ennsufer die Parkmöglichkeiten. Ich sehe aber ein, daß ein kurzer Zugang geschaffen werden soll und stehe dazu, daß wir das überprüfen sollten, meinetwegen machen wir einen Architektenwettbewerb. Das ist eine heikle Geschichte und wir sollten wirklich jemanden einladen, der sich das genau überlegt. Man könnte auf diesem Parkdeck auch Dauerparker unterbringen, denn das wären 100 Meter zu Fuß und ich glaube, das ist ja zumutbar. Immer wieder wird uns gesagt, Ihr müßt auch ein wenig erzieherisch tätig sein. Ich weiß schon, daß das schwer ist, wenn man gewohnt ist, bis vor die Haustüre zu fahren, dann wirken erzieherische Maßnahmen auch nicht sehr viel. Aber bei einigem Verständnis müßten diese Dinge zu realisieren sein. Schwierig genug ist es und wir wollen die Probleme, die herangetragen werden, nicht vom Tisch wischen, sondern wir wollen darüber diskutieren, aber auch die Argumente die dafür oder dagegen sprechen entsprechend abwägen. Ich bin sicher, daß der Verkehrsausschuß dem Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten wird.

Soweit meine Mitteilungen zu diesem Punkt.Würden wir das erst im Herbst machen, so hätte das zur Folge - die Aufträge sind ja draußen - daß wir unter Umständen mit Mehrkosten rechnen müssen,da die Firmen ja ihre Arbeitseinteilung haben.

Es gibt auch bei den ausführenden Firmen Probleme, es ist ja nicht so, daß man sagt, wir machen das nicht jetzt sondern erst in 10 oder 12 Wochen. Das geht ja wirklich nicht. Diese Leute müssen sich ja auch auf einen Beschluß verlassen können.
Zu diesem Thema hat sich seitens der GAL noch Kollege Pragerstorfer gemeldet.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Kolleginnen und Kollegen, nach den vielen langen Reden, zum Teil sehr emotionsbehaftet, wie man sieht, erfreulich, denn wer sich damit beschäftigt ist auch mit den Emotionen dabei. Ich möchte nur noch ein paar Punkte festhalten. Von der Grünen Seite her Stadtplatz frei von Autos, komplett, je früher je lieber, je vollständiger je lieber. Natürlich mit den Möglichkeiten, daß man Zufahrten macht bzw. daß auch die Hoteliers ihre Gäste hinbringen können. Uns ist bewußt, wenn es keine Lösung gibt, daß die Autos tagtäglich, alle 24 Stunden, auch an den Wochenenden weg sind, wird sich im Laufe der Jahre der Charakter des Stadtplatzes nie ändern. Jetzt bestimmt der Individualverkehr das, was der Stadtplatz ist. Er ist ja nach wie vor das, was ich schon einmal gesagt habe, der sch önste Autoabstellplatz in ganz Österreich und das wird er auch in Zukunft bleiben, wenn man sich nicht dazu aufrafft, daß sich das grundsätzlich ändert. Ich möchte auch, bevor man überhaupt über so größere bauliche Maßnahmen redet, daß man versucht durchzuführen, im Gegenverkehr den Ennskai zu betreiben, damit man auch nicht mehr durch den Stadtplatz fährt, wenn man am Ennskai parken will. Wer nicht bereit ist, am Ennskai zu parken, der muß sich halt jemanden kaufen, der den Stadtplatz nach Hause ins Wohnzimmer bringt. Das ist vielleicht die adäquate Lösung für die Bequemlichkeit, die da vorgetragen wird. Wir können einfach nicht, das sieht man bei den vielen Wünschen, die daherkommen, es allen recht machen. Hier schon gar nicht. Sonst müßte man den Stadtplatz in zwei Ebenen gestalten, eine für das Anschauen und den Fremdenverkehr und eine für die vielen mehr oder weniger berechtigten Wünsche, die es gibt. Das werden wir uns nicht leisten können. Bei allen anderen Dingen, die so angesprochen werden, von der Gestaltung bis zu den Parkplätzen, Parkdecks, Brücken usw. möchte ich noch einmal das wiederholen, was ich schon voriges Jahr gesagt habe, ich würde mir wünschen, daß alle diese Möglichkeiten, die zur Diskussion stehen, gegeneinander hingestellt werden, daß man sie gemeinsam betrachtet, überall Vorteile und Nachteile abwägt. Auch diese Tiefgarage, bei der ich auch sehr skeptisch bin, und dann versucht, im Ganzen eine Entscheidung zu treffen, was man macht. Manche Dinge werden einander z. B. ergänzen, wie ein Parkplatz beim Schiffmeisterhaus oder ein Parkdeck beim Bahnhof. Wenn man das nicht gemeinsam entscheidet, sondern so Stück für Stück, geht die Diskussion immer wieder im Kreis und fängt immer wieder von vorne an. Ich freue mich auch, daß man eine gewisse Härte oder eine gewisse Festigkeit, wenn man es so sagt, von Seite des zuständigen Stadtrates zeigt über den vielen Wünschen, die da kommen. Wir werden sonst nie auf ein Konzept kommen. Ich werde es unterstützen. Ich möchte mir doch auch wünschen, daß hier das gilt, was der Herr Bürgermeister heute grundsätzlich gesagt hat, daß weitere Gestaltungen sowohl architektonisch durch entsprechenden Architektenwettbewerb als auch unter Beteiligung der Bevölkerung, wenn das Grundsätzliche einmal geklärt ist, durchgeführt wird und daß man nicht einfach immer im Kreis herumredet. Daß langsam, Schritt für Schritt, vielleicht auch mit manchen Versuchen, wo man wieder etwas zurücknimmt, wir endlich zu einer Lösung, zu einem Thema kommen. Unsere Lösung heißt einfach, der Stadtplatz gehört den Leuten und nicht den Autos.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der KPÖ Gemeinderat Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Ich möchte mich im wesentlichen den Ausführungen von Stadtrat Pimsl anschließen. Seit Jahren vertritt meine Partei ja die Auffassung, daß der Stadtplatz zur Fußgeherzone erklärt wird, wobei wir natürlich immer gesagt haben, dies kann nur in Etappen vor sich gehen. Vorläufig ist es notwendig, die Durchfahrtmöglichkeit der Pkw zu gewährleisten zu den vorhandenen Parkflächen am Ennskai. Die Neuregelung der Kurzparkzonen hat sich positiv bewährt, wie wir gesehen haben. Aber gleichzeitig wird wahrscheinlich noch längere Zeit es erforderlich sein, daß die An- und Abfahrt der städtischen Linienbusse sowie auch der Taxis über den Grünmarkt erfolgt. Kurz gesagt im Sinne der Steyrer Bevölkerung aber auch im Sinne des Großteils der Geschäftswelt unserer Stadt, aber insbesonders auch im Sinne der vielen fremden Besucher unserer schönen Stadt glaube ich, ist die Lösung, die wir gemeinsam erarbeiten sollen, auch beim Verkehrsausschuß am 29. d. M. die weitgehende Freimachung des schönen Stadtplatzes vom Autoverkehr. Gleichzeitig wird es auch notwendig sein, daß die Gestaltung an und für sich eingehend beraten wird, nämlich die Sicherung unseres Wochenmarktes und darüber hinaus auch die Stadtplatzgestaltung weiteren Diskussionen vorbehalten bleibt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Damit ist dieses Thema erledigt. Gibt es seitens der GAL ein Thema? Nein. KPÖ? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe eigentlich vorgehabt, etwas ausführlicher heute zu dem Thema zu sprechen, das ich anschneide. Aber im Hinblick darauf, daß dieses Thema schon ziemlich viel Zeit in Anspruch genommen hat, werde ich etwas kürzer werden, obwohl ich unterstreichen möchte, daß es ein sehr wichtiges Problem ist, nämlich auch aufgrund der heute erfolgten Berichterstattung unseres Bürgermeisters Schwarz über die Vorsprache bei Bundeskanzler Vranitzky, läßt zumindest nach meiner Auffassung nach befürchten, daß die Existenz der selbständigen Steyrer Nutzfahrzeugproduktion im höchsten Ausmaß gefährdet ist. Mit der Zielstellung, die Steyrer Traktoren- und Lastkraftwagenproduktion in Zukunft mit ausländischen Partnern zu bewerkstelligen, soll die Steyrer Fahrzeugfertigung von einem selbständigen Fahrzeughersteller, wie wir wissen mit Weltruf, zu einem fremdbestimmten Komponentenlieferanten werden und die laufenden Kooperationsverhandlungen deuten auf die erschreckende Absicht hin, die Steyrer Fahrzeugbetriebe mehrheitlich zu verkaufen. Es zeigte sich auch ganz deutlich, daß das Management der Steyr-Daimler-Puch AG von der Budesregierung und der Kreditanstalt als Aktienmehrheitsbesitzer beauftragt ist, die Nutzfahrzeugproduktion zu veräußern. Die bisher schon getätigten Verkäufe von Betrieben der Steyr-Daimler-Puch AG, z. B. die Zweiradfertigung Puch Graz sowie das Gußwerk II und kürzlich das Wälzlagerwerk hier in unserer Stadt zeigen ganz deutlich diese deffenisve Unternehmerstrategie. Nach meiner Auffassung und auch nach Auffassung - das traue ich mir hier zu sagen - des Großteils der Arbeiter und Angestellten des Werkes, kann es nicht im Interesse der österreichischen Wirtschaft und schon gar nicht im Interesse der Stadt Steyr oder der Steyrer Region liegen, wenn jetzt auch noch die Nutzfahrzeugproduktion an ausländische Konkurrenten verkauft werden soll. Trotzdem steuert der Steyrer Vorstand, offenbar im Auftrag der Bundesregierung und des Eigentümers in Richtung Selbständigkeitsverlust.
Meine lieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ein Ausweg aus dieser Strukturkrise der Steyr-Werke ist nach meiner Meinung nach nur dann möglich, wenn man den derzeitigen Machern das Handwerk legt und wieder unsere Interessen, nämlich österreichische Interessen, die Interessen der Arbeiter und Angestellten sowie

der Stadt Steyr in den Vordergrund stellt. Dazu, glaube ich, bleibt uns nur mehr sehr sehr wenig Zeit zur Verfügung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Ich darf unterstreichen, daß wir diese Aktionen, Besuch beim Bundeskanzler, Vorsprache beim Landeshauptmann, gemacht haben und wir als Stadt unsere Meinung zu diesem Problem ausreichend geäußert haben. Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, die herrschende Auftragslage in den Steyr-Werken hat zweifellos eines nach sich gebracht, daß die Diskussionen unter der Belegschaft teilweise unterbleiben. Deswegen unterbleiben,denn wenn die Fabrik die Aufträge gar nicht in der Zeit machen kann, wie sie diese machen sollte, um alle Kundenwünsche zu befriedigen, tritt natürlich die Sorge um die Zukunft bei vielen ein wenig in den Hintergrund. Das ist eigentlich die Ursache der gegenwärtigen trügerischen Ruhe in der Belegschaft, weil jeder einzelne unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiß, daß in wenigen Monaten spätestens Entscheidungen fallen können, die für die Zukunft unserer Betriebe in Steyr entscheidend sind. Entscheidend in der Form sein können und wir haben ja fast bei jeder Gemeinderatsitzung Gelegenheit, zu diesem Thema zu reden, daß durch eine Kooperation, die bis zur Veräußerung der Mehrheitsanteile an einen zukünftigen Partner geht, wesentliche Eingriffe für die Zukunft erfolgen können. Wenn man davon ausgeht, daß die beiden Hauptprodukte, der Traktor und der Lkw, seit langem strukturelle Schwächen haben, die man bis heute nicht beseitigen konnte - das ist sicher nicht das Verschulden der Belegschaft, sondern die Verantwortung liegt ausschließlich beim Eigentümer und beim Management - dann weiß man aber auch, daß man kaum mehr jemand findet,auch nicht den loyalsten und den besten Freund unter den Politikern, der nur Milliarden deswegen bereit ist zur Verfügung zu stellen, um bereits gemachte Schulden abzudecken, ohne auch nur einen Arbeitsplatz zu sichern oder gar einen neu zu schaffen. Darum geht es ja. Es ist zweifellos die Auffassung und die beste Absicht des Mehrheitseigentümers, der CA. Ich bin nicht überzeugt, ob die Bundesregierung diese Auffassung in dieser Form teilt, die Steyr-Daimler-Puch AG loszuwerden. Loszuwerden, weil sie damit ein Sorgenkind weniger hätte, welches immerhin seit 10 Jahren dem Eigentümer Schwierigkeiten bereitet und immerhin auch finanzielle Verluste einbringt, die sich in Milliardenhöhe ergeben. Das muß man einfach zur Kenntnis nehmen und das ist nicht wegzudiskutieren. Ich glaube aber, daß alleine mit der Abschreibung des Eigenkapitals der Steyr-Daimler-Puch AG bis auf den Erinnerungsschilling zwar eine bilanzmäßig notwendige, möglicherweise vielleicht sogar höchst notwendige Maßnahme erfolgt ist. Aber eine Maßnahme erfolgt ist, die für die CA von Interesse ist, vor allem aufgrund des guten Geschäftsablaufes des vergangenen Jahres diese Abschreibung zu machen. Kollege Holub nickt ja, er weiß ja die Dinge recht gut, daß man aber auf der anderen Seite natürlich bei einem Verkauf, wenn es zu einem solchen überhaupt kommen kann, bis jetzt ist ja nur etwas verschenkt worden, wieder außerordentliche Erträge erlösen kann. Aber das nur zum finanztechnischen Vorgang. Gehen tut es letztlich darum, wir haben versucht, einerseits durch die Belegschaftsvertretung selbst, Angestelltenbetriebsrat, bei einer großen Konferenz mit dem Regierungschef unsere Forderungen, Wünsche und auch unsere Bitten vorzutragen. Ich gestehe gerne, denn manche meiner Kollegen sind der Auffassung, wir hätten nicht hier freundlich zu bitten, sondern wir haben zu fordern und das hat zu geschehen.
Ich muß sagen, nicht nur der Ton macht manches Mal die Musik, sondern daß man sicher hier als Bittsteller dasteht und nicht als Fordernder in einer solchen Situation, wie wir sind, wo man noch dazu weiß, daß es um das Überleben vieler unserer Arbeitsplätze geht. Wir haben gemeinsam mit der Gewerkschaft

der Privatangestellten und auch der Metall- und Bergarbeiter eine Resolution verfaßt, die wurde vom ÖGB vertreten und auch den Medien übergeben. Sie wurde dem Generaldirektor der CA überreicht und wir haben sie unserer Belegschaft zur Kenntnis gebracht durch einen entsprechenden Aushang. Der Bürgermeister hat mit Recht darauf verwiesen, daß bei der Vorsprache des Bürgermeisters mit einigen Mandataren beim Regierungschef es einen ganz wesentlichen Bestandteil dieses Gespräches gegeben hat über die Situation und Zukunft der Steyr-Werke. Daß hier immerhin eine Aussage für uns zumindest Hoffnung gibt, daß man seitens der öffentlichen Hand vom Bund bereit ist, für Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen abermals Mittel zur Verfügung zu stellen, aber nicht bereit ist, wie ich schon erwähnt habe, zur Verlustabdeckung wieder in ein Faß ohne Boden das Geld zu werfen. Das ist zweifellos eine harte aber durchaus gemachte Aussage.
Wir sind bemüht, gegenwärtig etwas Luft zu schöpfen. Luft zu schöpfen in der Form, daß uns die gute Auftragslage auch Stückzahlen bringt, die zumindest vorübergehend die Verluste nicht größer machen, sondern zumindest auf plus minus null ausgleichen konnten. Damit wäre es zweifellos für eine Verhandlung mit einem zukünftigen Partner nur vorteilhaft, wenn diese finanzielle Belastung zumindest auf Zeit wegfällt, daß man auch etwas zuwege bringt, was den Bestand unserer Werke hier in Steyr sichert. Eines muß uns klar sein, wenn es zu einer Zusammenarbeit am Traktorsektor kommt, dann werden wesentliche Teile des Traktors wegkommen, es werden zwar größere Stückzahlen erreicht, aber durch einen auch mit verbundenen Rationalisierungseffekt werden Arbeitsplätze wegfallen und neue Arbeitsplätze sind in keiner Weise in Sicht. Aber noch viel dramatischer könnte es kommen beim Lkw, wenn die Identität des Lkw überhaupt verlustig geht. Wir wären dann nur mehr namenlose Komponenten unter Umständen, würden wesentlichen Teile eines Lkw mehr erzeugen und dann wird es zweifellos in wenigen Jahren für die Steyrer kritisch werden. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist es durchaus angebracht, daß wir uns - das ist durch den Beitrag von Kollegen Treml zum wiederholten Mal auch geschehen, aber auch durch meine Fraktion, - dieses Problems ständig nicht nur erinnern, sondern auch bewußtsind, weil es morgen zu spät sein könnte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der ÖVP zu diesem Thema? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Zu dem von Kollegen Treml angezogenen Thema ist in allen letztvergangenen Sitzungen schon so viel gesagt worden. Grundsätzliches und leider Gottes muß man zugeben auch leere Worthülsen, weil man ja im Grunde genommen mangels Detailinformation keine absoluten Aussagen machen kann. Natürlich bewegt jeden Steyrer und jede Steyrerin die Sorge um den größten Betrieb in der Stadt. Ich melde mich jetzt auch nur deshalb zu Wort, weil ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen will mit meinen Parteifreunden gemeinsam, daß die ÖVP am Thema nicht interessiert wäre. Aber im Grunde genommen Neues kann man nicht berichten, im Grunde genommen neue Stellungnahmen kann man nicht abgeben. Man kann laut oder leise nachdenken, ob die Beteiligungswertabschreibung in der Bilanz bei der CA nicht irgendwo einen Gegenpendelschwung haben hätte sollen. Nämlich in der Verlustabdeckung der Steyr-Daimler-Puch AG. Denn die Bilanz des Eigentümers nur zu schönen und die Bilanzstrukturen bei der Tochter unberührt zu lassen, so kann es meiner Meinung ja auch nicht gehen. Aber wenn man sich über dieses Thema genauer auseinandersetzen würde, dann würde das zweifellos den Rahmen der Aktuellen Stunde sprengen. Da kann man dicke Bücher lesen über die Mutter-Tochter-Funktionen in der Wirtschaft und auch über die Verantwortlichkeiten, die sich daraus ergeben. Der Hausverstand hilft einem dabei allerdings sehr.

Ich glaube, wir denken alle das gleiche, daß die Mutter CA sehr wohl zu ihrer Tochter in einem Verantwortlichkeitsverhältnis steht. Ich glaube, daß der Herr Bundeskanzler recht gehabt hat, wenn er der Delegation, die bei ihm vorgesprochen hat, das indirekt auch vor Augen geführt hat, wenn er meinte, daß die öffentlichen Gelder des Bundes für Strukturbereinigungsmaßnahmen bzw. für Investitionen da sein sollten, die den Weg in die Zukunft ebnen. Ich glaube, der Herr Bundeskanzler hat damit recht gehabt. Die Sorge um die Möglichkeiten, die alten Verluste abzudecken, die bleibt dennoch bestehen. Ich glaube auch, daß die schlechteste Möglichkeit der Altverlustabdeckung die Betriebsveräußerung ist. Das ist keine Lösung im Sinne einer innerösterreichischen Wirtschaft, dazu stehe ich zu diesem Wort, ich glaube aber, daß eine Kooperation internationaler Größe durchaus sinnvoll ist. ich denke, daß ich mich da auch mit der Belegschaftsvertretung einvernehmlich befinde, wenn in dieser Kooperation die Typeneigenständigkeit gewahrt bleibt. Damit wäre doch eher - nicht völlig - ausgeschlossen, daß unsere Republik Österreich als Komponentenfertiger zur Dritten-Welt-Qualität abqualifiziert wird. Wenn es nur ein Komponentenwerk ist ohne eigenes know how und nur in Lohnfertigung, so befinden wir uns tatsächlich in der großen Gefahr, daß internationale Konzerne bei besserwerdendem know how in der Dritten Welt irgendwann einmal die Produktion aus unserer Gegend abziehen könnten.
Noch, liebe Freunde, spricht die Qualität unserer Arbeiter dagegen. Aber auch die Dritte Welt lernt dazu. Darum, glaube ich, werden wir mit Euch allen gemeinsam dasselbe denken, die Typeneigenständigkeit sollte schon das Ziel der ganzen Überlegungen sein. Kooperationen zu verteufeln und zu sagen, das darf nicht sein, wäre wirtschaftlich irreal und daher nicht zu vertreten. Ich wiederhole das vorhin Gesagte, mangels Detailkenntnis kein weiterer Kommentar.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der GAL bitte ich Kollegen Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Kolleginnen und Kollegen, ich kann auch das nur zusammenfassen und etwas ergänzen, was ich schon beim letzten Mal in der Aktuellen Stunde zu diesem Thema gesagt habe. Ich habe damals, glaube ich, als einer der wenigen gesagt, daß ich einer Kooperation gegenüber nicht von vornherein etwas Schlechtes nachsagen will, daß man halt sehen muß, was herauskommt. Ich finde es auch klüger, jetzt nicht mehr darüber zu diskutieren, daß man vielleicht noch verhindern könnte, daß das Steyr-Daimler-Puch-Werk oder ein Teil dieses Werkes verkauft wird. Der Zug ist längst abgefahren. Die letzte Diskussion, die man jetzt noch führen kann ist die, in welcher Form, wer könnte der Partner sein, wie könnte die Partnerschaft aussehen? Wenn man das Werk von innen kennt, was könnte ein Außenstehender, der in dieser Branche tätig ist an diesem Werk Positives und Negatives finden, das heißt was könnte überleben, was könnte nicht überleben? Woraus folgt, wie viele Leute sind längerfristig noch zu beschäftigen und wie viele nicht und was heißt das für die Stadt Steyr und ihre Steuereinnahmen? Das ist ja das, was uns im Gemeinderat, abgesehen von der moralischen Anteilnahme für die Steyrer Unternehmen und ihre Bürger, einmal in erster Linie zu beschäftigen hätte von der Sache her. Ich glaube auch, daß es an der Art und Weise, wie die Kreditanstalt - das schon seit Jahrzehnten - ihre Unternehmensbeteiligungen handhabt, sehr viel Kritik auszusetzen gäbe. Nur ist es leider eben nicht so, daß diese Kritik geführt wird und daß diese Kritik rechtzeitig öffentlich wird und daß da etwas unternommen wird, es ist ganz im Gegenteil so, daß der Herr Schmidt-Chiari, der ja lange Zeit als junger Mann im Vorstand verantwortlich war für die Verwaltung der Konzernbeteiligungen in der CA, jetzt Generaldirektor ist. Ein Mann, der diese Dinge genau kennt und den Stil genau

kennt und man genau das sagen kann, was unter Androsch begonnen wurde, die CA will ihre Industriebeteiligungen los werden, nimmt ihre Eigentümerverantwortung so wahr, daß sie das Zeug verkauft. Sie sagt, das gehört mir, wenn ich das verkaufen will verkaufe ich es, und das tue ich auch. Dieses nicht freundliche Wort ist schon vor langer Zeit ausgesprochen worden, es wird sich sicher nicht ändern. Die Regierung steht dem Ganzen, was ich so sehen kann aus der Presse, neutral gegenüber. Würde sich jemand finden der sagt, Steyr kann überleben, Steyr kann einzeln überleben, wir brauchen ein bißchen Geld oder eine Haftungsübernahme von der Regierung, würde die Regierung das tun. Wenn jemand kommt und sagt, das geht so nicht, das können wir nicht machen, die Bank CA muß überleben und weiterhin Geld verdienen und vielleicht selber in Schwierigkeiten kommen aufgrund der internationalen Finanzkonzentration, die bevorstehen wird, würde sich die Regierung dem auch nicht verschließen. Was soll die Regierung denn tun? Diese österreichische Lösung, daß die Poltiker immer wieder als Wirtschafter auftreten, hat sich diese Regierung grundsätzlich abgewöhnt. Steyr ist dafür nur mehr ein kleiner Fall, man muß das vom Gesamten sehen, was schon hinter uns liegt. Ich glaube, dem sollten wir uns einfach gegenüberstellen und nicht immer davon träumen, was da hätte sein können, wenn es irgend etwas gegeben hat. Es hat nicht und es wird in Steyr noch tiefe Spuren hinterlassen.
Ich würde mich freuen, wenn es eine bessere Idee gäbe, aber ich glaube, es gibt sie nicht. Man kann sich nur mehr damit befassen, was wird von Steyr übrig bleiben, weil es qualitativ wertvoll ist. Was wird Steyr künftighin fertigen im internationel Konzernverbund? Die Radmutternschlüssel und die Radmuttern oder Motoren und Getriebe? Aufbauten und Blechteile, die man sehr schnell irgendwohin - muß ja nicht in ein Entwicklungsland - aber nach Südkorea, nach Taiwan, nach Singapur, Hongkong verlegen kann oder eben Dinge, wo auch Forschung und Entwicklung hier am Ort noch hinten dranhängt, die man nicht so schnell weiter verlegt.
Ich erinnere Sie daran, daß diese Entwicklungsprozesse in der Industrie,zum Beispiel in der Schweiz, im Laufe von hundert Jahren in der chemischen Industrie schon so weit erledigt worden sind, daß ein Großteil der Industrieproduktion der chemischen Industrie in der Schweiz, die dort ein Hauptindustriezweig ist, im Ausland erfolgt. Daß sehr wohl aber die internationale Verwaltung, Forschung und Entwicklung und die wichtigsten und teuersten Chemikalien nach wie vor in der Schweiz erledigt werden. Wie man sieht, kann man auch ohne Schmerzen über lange Zeit, wenn man will, solche Probleme lösen. Ich hoffe, daß wir in Zukunft auch Wege finden, daß solche Lösungswege möglich sind.
Wie man sieht, fahren die Schweizer nicht schlecht damit. Aber eigentlich muß ich auch das sagen, was Vizebürgermeister Holub sagt, alles was ich weiß, weiß ich aus der Zeitung. Ich beurteile es halt als kleiner Gewerbetreibender.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke.
Damit, meine Damen und Herren,ist auch der letzte Tagesordnungspunkt erledigt. Ich darf versicheren, daß wir zu diesem letzten Thema nicht das letzte Mal diskutiert haben und wir auch, so weit wie möglich, unseren Einfluß geltend machen werden, um unsere Interessen zu wahren.
Ich darf der Ordnung halber mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von S 281.500,- zur Kenntnis genommen hat und daß bei den heutigen Verhandlungsgegenständen ein Betrag von S 39,638.500,- beschlossen wurde.
Abschließend noch ein Aviso, eine Einladung des Herrn Glaser - die persönlichen Einladungen ergehen noch, aber er hat es mir schon gesagt und ich möchte die Gelegenheit jetzt wahrnehmen dazu - für 30. März zur Eröffnung seines

Sportzentrums, wozu er den gesamten Gemeinderat einladen möchte. Ich darf Sie bitten, sich diesen Termin freizuhalten.
Ich danke für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Gugenberger
Gerda Gugenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Erna Probst e. h.
Wilhelm Spöck e. h.